

Wöchentlich 55 Pf., monatlich 1,50 M.,
im voraus zahlbar, Postbezugs 1,32 M.,
einschließlich 50 Pf. Postgebühren, und
72 Pf. Postbestellgebühren. Ausland-
abonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Beilagen: „Hoff
und Zeit“ und „Kinderfreund“, ferner
„Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in
die Bücherwelt“, „Jugend-Vorwärts“
und „Stadtbilderga.“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konparteilichkeit
des „Vorwärts“ ist eine Tatsache. — Reichs-
markt „Aktionen“ hat seitge-
brachte Wort 26 Dienstag (zuletzt zwei
seitgebrachte Worte), jedes weitere Wort
22 Dienstag. Stellungsliste hat erste
Wort 15 Dienstag, jedes weitere Wort
10 Dienstag. Worte über 13 Buchstaben
schließen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 80 Dienstag. Familienanzeigen Seite
40 Dienstag. Konzeptionsanträge im Haupt-
geschäft: Buchenstraße 3, wochentäglich
von 9^{1/2} bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassentext: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Wallstr. 65, Dt. u. Disc.-Ges., Depofitenkass., Jerusalemstr. 65/66.

Die Flut steigt.

Ueber 100 000 neue Arbeitsuchende im Reich.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung
ist in der ersten Septemberhälfte ein Zustrom von 103 000 neuen
Arbeitsuchenden zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Er-
werbslosen in Deutschland erreicht damit Mitte September
2 983 000 Personen. Die Auswirkung auf die Versicherung wird
erst in den folgenden Wochen festzustellen sein.

Die zahlenmäßige Belastung der Arbeitslosenversicherung
hat für die Zeit vom 1. bis 15. September 1930 in der
ersten Hälfte des September etwas abgenommen, die der
Krisenunterstützung ist dagegen, übereinstimmend mit der
allgemeinen Entwicklung am Arbeitsmarkt, weiter gestiegen.
Mit rund 1 503 000 Köpfen bleibt die Zahl der Hauptunterstützungs-
empfänger in der Versicherung um etwa 3500 hinter dem Stande
vom 31. August zurück. Zusammen mit den annähernd 459 000
Krisenunterstützten hat die Belastung beider Unterstützungs-
einrichtungen eine Gesamtzahl von rund 1 962 000 erreicht
und ist damit um etwa 15 000 höher als Ende August.

Notruf der Städte.

Eine Mahnung an Regierung und Reichstag.

Der Geschäftsführende Vorstand des Reichsstädtebundes tagte
gestern unter Vorsitz des Bundespräsidenten, Oberbürgermeister
Dr. Bolkow, in Berlin. Er befaßte sich in der Hauptsache mit der
unheimlich schwierigen Finanzlage der Gemeinden, die
schnelle Maßnahmen zur Abhilfe erfordert.

Der Vorstand stellte an Hand des ihm aus allen Teilen des

Reiches vorliegenden Materials fest, daß die infolge der weiteren
Ausbreitung der Arbeitslosigkeit ständig steigenden Aus-
gaben für die Wohlfahrtsverwaltung in zahlreichen
Städten Verhältnisse geschaffen haben, die deutlich erkennen lassen,
daß die Städte einer schweren Katastrophe zuteil werden, wenn
ihnen nicht sofortige und ausreichende Hilfe zuteil wird. Eine solche
Hilfe kann angesichts der schweren Folgen, welche ein Zusammen-
bruch zahlreicher Städte für Volk und Wirtschaft unausbleiblich nach
sich ziehen müßte, nur vom Reich kommen. Der Geschäfts-
führende Vorstand bittet daher in einer Entschließung die Reichs-
regierung noch einmal, in letzter Stunde, sich den im § 101 des Ge-
setzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung fest-
gelegten Verpflichtungen nicht länger zu ent-
ziehen. Dieser Paragraph bestimmt, daß in Zeiten andauernd
ungünstiger Arbeitsmarktlage der Reichsarbeitsminister nach An-
forderung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-
versicherung die Gewährung der Arbeitslosenunter-
stützung als Krisenunterstützung abweichend von den
Normalbestimmungen festsetzen muß. Auf Grund dieser
Bestimmung ist die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe
ohne zeitliche Beschränkung erforderlich, um die Gemeinden von
den finanziellen Sorgen der Wohlfahrtsverwaltung zu befreien.

An den neuen Reichstag richtet der Geschäftsführende Vorstand
die Bitte, das wichtigste Problem unserer Innenpolitik, die Be-
schaffung ausreichender Arbeitsgelegenheiten, sofort mit aller Energie in Angriff zu nehmen, um so mehr, als das
bisherige Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung die erhoffte
wesentliche Verminderung der Wohlfahrtsverwaltungskosten nicht ge-
bracht hat.

Hindenburg gegen Putschgerüchte.

Er will auf dem Boden der Verfassung bleiben.

Der Reichspräsident hat in seiner Unterhaltung mit dem
Reichskanzler diesen ermächtigt, zu erklären, daß er die vom Reichs-
kanzler am letzten Sonnabend dem Berliner Vertreter eines amerika-
nischen Nachrichtenbüros gegebenen Ausführungen vollständig teile.
Auch der Reichspräsident ist der Auffassung, daß eine Putsch-
gefahr in irgendeinem Bezirk Deutschlands in keiner Weise
vorliegt. Uebrigens würden die vorhandenen Vollzugs-
organe durchaus ausreichen, in kürzester Zeit Ruhe
und Ordnung wieder herzustellen.

Der Reichspräsident hat ferner die Absicht der Reichsregierung,
alle Kräfte dafür einzusetzen, um die seit längerer Zeit in Angriff
genommenen umfassenden Sanierungsmaßnahmen zum besten der
deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes zu Ende zu führen,
seine ausdrückliche Zustimmung erteilt. Er erwartet, daß trotz der
ungewöhnlich schwierigen inneren und außenpolitischen Lage diese
großen Aufgaben auf dem Boden der bestehenden Ver-
fassung gemeißelt werden können.

Landbund wieder auf dem Plan.

Er fordert den Zahlungsausschuß für Reparationen und höhere Zölle.

Der Reichslandbund faßt seine Niederlage durch die National-
sozialisten so auf, daß er mit den Young-Plan-Forderungen der
Nationalsozialisten in Konkurrenz zu treten hat. Der Bundes-
vorstand des Landbundes fordert in einer Entschließung die so-
fortige Erklärung des Zahlungsausschusses für
die Reparationszahlungen.

Dem übrigen sucht der Reichslandbund die von Schiele bisher
betriebene vernunftwidrige Agrarpolitik durch neue
Forderungen noch zu überbieten. Es werden die sofortige Er-
höhung des Weizenvermahlungszwanges auf mindestens 90 Proz.,
die Erhöhung des Weizenzolls, ein Beimischungszwang von inländ.
diesem zum ausländischen Weizenmehl und ferner ein Bei-
mischungszwang von Roggenmehl zum Weizen-
mehl gefordert.

Herr Schiele hat erklärt, kein Reichstagsmandat annehmen
zu wollen. Das wird ihn aber wahrscheinlich nicht hindern, diese
Forderungen des Reichslandbundes zu seinen eigenen zu machen.

Goldabgaben nach Paris.

Die Kapitalflucht nimmt zu.

Paris, 23. September. (Eigenbericht.)

Der Wahlerfolg Hitlers scheint dem deutschen Volke
recht teuer zu stehen zu kommen. Die Angstpsychose an
den deutschen Börsen, die Kapitalflucht nach dem Ausland,

die schon seit Monaten im Gange war, aber seit dem 14. September
gewaltig zugenommen hat und die nach sachverständiger Schätzung
schon insgesamt acht bis zehn Milliarden Reichsmark
betragen dürfte, und jetzt auch noch die Goldzuflüsse der Reichsbank
sind recht handgreifliche Beweise dafür, welche unheilvolle Folgen
die Währungsnotlage für die deutsche Wirtschaft nach sich zieht.

Wie in Pariser Börsenkreisen verlautet, hat die Reichsbank am
Montag nicht weniger als 35 Millionen Mark in Gold
aus Köln an die Bank de Paris et de Pays-Bas abgeben müssen.
Ein weiterer Goldtransport in etwa gleicher Höhe soll
am Dienstag oder Mittwoch folgen. Die Goldzuflüsse nach Paris
erklären sich in der Hauptsache daraus, daß wegen des stiller-Erfolges
zahlreiche kurzfristige Auslandskredite in Deutsch-
land gekündigt worden sind. Da aber der Pariser Kapitalmarkt
nicht nur gegenüber Berlin, sondern auch gegenüber London und
New York sich in der beneidenswerten Lage des Gläubigers befindet,
ist es in der Hauptsache, dem die Goldzuflüsse zugute kommen.

Parteiausschuß.

Der sozialdemokratische Partiausschuß befaßte sich
am Dienstag in einer Sitzung, die von 10 Uhr vormittags
bis 4 Uhr nachmittags dauerte, mit der politischen
Lage. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

23 000 stellenlose Lehrer.

Auch eine Folge der Finanznot.

Der preussische Kultusminister hat dem Landtag eine Uebersicht
über die Zahl der stellenlosen Schulamtsbewerber
in Preußen nach dem Stand vom 15. Mai 1930 zugeleitet. Danach
beträgt die Zahl der stellenlosen Bewerber überhaupt 23 147, das sind
21 Proz. der in Preußen bestehenden Lehrer(innen)stellen, deren
Zahl sich auf 109 631 beläuft.

Von den stellenlosen Lehramtsbewerbern sind vorübergehend
beschäftigt 14 286, darunter 7208 auftragsweise in freien Planstellen,
4089 vertretungsweise für erkrankte Lehrer und 2994 als Hilfs-
(Bander)lehrer. Ohne jede Beschäftigung im Schuldienst sind 8661
Lehrer und Lehrerinnen.

Demokratenfraktion im Landtag bleibt. Die sozialdemokratische
Fraktion des Preussischen Landtags trat zur Erörterung der poli-
tischen Lage zusammen. Das Ergebnis der vertraulich geführten
Verhandlungen, die den ganzen Tag in Anspruch nahmen, war, daß
die Fraktion zunächst als selbständige Deutsch-
demokratische Landtagsfraktion bestehen bleibt und daß sie den
Antrag mehrerer Wahlkreisverbände unterstützen wird, alsbald einen
außerordentlichen demokratischen Parteitag einzuberufen.

Tschechisches Parteiprogramm.

Zum Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie.

Von Rudolf Illovy-Prag.

Der 16. Kongreß, den die Tschechoslowakische sozialdemo-
kratische Arbeiterpartei vom 27. bis 29. d. M. im großen
Smetana-Saal des Prager Repräsentationshauses abhalten
wird, bedeutet eine wichtige Epoche in der Entwicklung dieser
Partei. Der Kongreß wird ein neues Programm be-
schließen, nach dessen Leitfäden sich die politische, wirtschaft-
liche und kulturelle Arbeit der Partei bewegen soll. Man sieht
daher nicht nur in Parteikreisen, sondern auch in der ganzen
tschechischen Öffentlichkeit den Beratungen des Prager Kon-
gresses, der der größte von allen bisherigen sein soll, mit
Spannung entgegen.

Es sind eben zehn Jahre her, seitdem die bis dahin
stärkste tschechische Partei, die sozialdemokratische, durch Mas-
lauer Einfluß gespalten wurde. Die Bourgeoisie
sprach damals von den der Partei treugebliebenen Genossen
wie von „Generälen ohne Mannschaft“, belegte sie mit
allerhand Schimpfwörtern und wagte zu behaupten, die Sozial-
demokratie werde nach längstens zehn Jahren vom Erdboden
verschwinden. Wie haben sich aber in diesem Zeitraum die
Verhältnisse geändert! Bürgerliche Journalisten haben vor
einigen Wochen die Öffentlichkeit darauf aufmerksam ge-
macht, daß aus den nächsten Wahlen die Sozialdemokratie
wieder als die mächtigste Partei hervorgehen werde, so daß
man mit einem künftigen sozialdemokratischen Minister-
präsidenten rechnen müsse.

Seit dem letzten Kongreß im Jahre 1927 hatte die Partei
harte Kämpfe auszufechten. Sie mußte Angriffe der bürger-
lichen Regierungsopposition auf soziale Errungenschaften ab-
wehren. Sie mußte einerseits gegen die kommunistischen
Schadlinge der Arbeiterklasse ankämpfen und andererseits die
gefährlichen Pläne der von der Kramarisch-Partei lebhaft ge-
förderten — jetzt sich sogar ihres Namens schämenden —
tschechischen Faschisten im Keime ersticken. Aus allen
Kämpfen, von denen der schwerste der um die Sozialversiche-
rung war, die von den Bürgerlichen arg bedroht wurde, ging
die Sozialdemokratie siegreich hervor. In Erkenntnis der
Notwendigkeit eines Zusammenschlusses des Proletariats
aller Nationen strebte sie die Einigung mit der deutschen
sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei an,
und so kam es am 28. Januar 1928 zum Smichow-Kongreß,
auf dem tschechische und deutsche Sozialdemokraten ihren
Willen öffentlich kundtaten, gegen die reaktionäre Bourgeoisie
und für den Sieg des Sozialismus in der Tschechoslowakei ge-
meinsam zu kämpfen. Dieses damals feierlich besiegelte Bünd-
nis ist jetzt, wo deutsche Sozialdemokraten in der
Regierung vertreten sind, gefestigt, und das gegenseitige
Verhältnis der beiden Bruderparteien ist das freundschaft-
lichste.

Madjarische Sozialdemokraten aus der Slowakei
bilden schon seit dem letzten Kongreß einen Bestandteil der
tschechoslowakischen Einheitspartei, und in diesem Jahr kam
es auch zur Vereinigung mit der karpatorussischen
Sozialdemokratie. Die polnische Sozialdemokratie in
Tschechien-Schlesien lehnt sich an die tschechische an. Aber auch
innerhalb der tschechischen Arbeiterschaft selbst vollzieht sich
immer mehr der Einigungsprozeß: ehemals kommunistische
Arbeiter kehren zur Mutterpartei zurück, kommunistische
Oppositionelle sind bei der Augustkonferenz in Brünn in die
tschechische Sozialdemokratie eingetreten, und die in der
früheren kommunistischen Gewerkschaftszentrale, dem „Inter-
nationalen allgewerkschaftlichen Verband“ konzentrierten Or-
ganisationen haben sich erst vor kurzem mit der sozialdemo-
kratischen „Tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung“
verschmolzen.

In den drei Jahren wurde organisatorisch sehr viel ge-
leistet. Ein großes Netz von politischen Organisationen wurde
in der ganzen Republik errichtet und durch wohlüberdachte
Ablenker wurden in allen Provinzstädten erstaunliche Er-
folge bei Gemeindeergänzungswahlen erzielt. Ende Dezem-
ber 1929 zählte die Partei 155 483 politisch organisierte Mit-
glieder. Diese Zahl wird sich in diesem Jahr durch das Zu-
rückströmen der Kommunisten bedeutend erhöhen. Ueber
60 Proz. der Parteimitglieder sind Handarbeiter. Bei den
letzten Parlamentswahlen am 27. Oktober 1929 erhielt die
tschechische Sozialdemokratie 963 462 Stimmen. Sie besitz
39 Abgeordnete. Außer dem Zentralorgan „Právo Lidu“
erscheinen noch vier Tageszeitungen und 42 sonstige Partei-
blätter. Eine wichtige Kulturorganisation der Partei ist die
Arbeiterakademie in Prag. Sie unterhält unter anderem
eine höhere sozialistische Lehranstalt, an der hervorragende
Fachleute Soziologie, Volkswirtschaft, Arbeiterrecht,
Philosophie und ähnliche Wissenschaften unterrichten. Der
sozialdemokratische Parteiverlag ist einer der rührigsten in
Prag.

Das dem Kongreß vorliegende neue Partei-
programm erklärt in seinen Grundsätzen, daß die Partei
international ist. Sie steht auf dem Boden des Kollektivismus
und fordert eine sozialistische Umgestaltung der
Tschechoslowakischen Republik. Die Minderheitenfrage soll

Krisentreiber Baugoin.

Kritische Stunden für Schober.

Wien, 23. September. (Eigenbericht.)

Die christlichsoziale Fraktion des Nationalrats beschäftigte sich den ganzen Dienstag mit der Krise der Regierung Schober. Nach einer parteiamtlichen Mitteilung erstattete Vizkanzler Baugoin einen Bericht über die Ursachen der Krise. Die Fraktion billigte den Bericht und erklärte, daß sie geschlossen hinter Baugoin stehe, dem sie jederzeit treue Gefolgschaft leisten werde.

Am Mittwochnachmittag tagt der Ministerrat, der vielleicht den Gesamtrücktritt beschließen wird.

Schobers Prestige war durch die scheinbare Beruhigung der Putschisten, durch den Abschluß des Vertrags mit Italien, durch die Ausweisung des Oberösterreichischen Pabst, besonders aber durch die Erreichung der langersehnten Auslandsanleihe stark befestigt worden. Aber längst schon haben die Seipel, Baugoin usw. in mindestens zeitlichem Zusammenwirken mit den Tiroler Heimwehrlern Minen gegen Schober springen lassen. Zwar kann sich die Heimwehrlerei über die Regierung nicht beklagen. Kaum ist die Sommerfrischensaison vorüber, macht die Heimwehr wieder ihre Aufmärsche, am letzten Sonntag erst durch den „roten Südwestgau“, nämlich die Industriegemeinden südwestlich von Wien, zur ausgedehnten Herausforderung der Arbeiterbevölkerung. Das Geleit von 300 Gendarmen hinderte die 1500 Heimwehrlern

gar nicht, die zum Teil tschechischen Ziegelhauer von Bösenhorst mit dem Sprechchor „Rote Hunde! Ziegelböhm!“ zu begrüßen, auf sie einzuschlagen und in ihre Häuser einzudringen. Dem sozialdemokratischen Gemeinderat Binder, der Ordnung schaffen wollte, setzte ein Gendarm das Bajonett auf die Brust, so daß Binder die Hände zerschneit, als er die Mordwaffe wegsteckt. Schließlich setzten sich die Arbeiter doch zur Wehr, es gab Verletzte auf beiden Seiten.

Aber die Randvorfälle genügt den Starbembergern nicht; in Schober sehen sie doch nicht ihren Mann und Baugoin verzeiht ihm nie, daß er um den Straßensaum betrog.

Inzwischen reißt eine große Aktion der Sozialdemokratie zu eindrucksvollem Erfolg. Ihr Volksbegehren auf Erhöhung des Staatsbeitrags zur Arbeitslosenversicherung und auf Inkraftsetzung der längst beschlossenen — Alters- und Invalidenversicherung hat bereits in der ersten Woche über eine Million Unterschriften erlangt, davon etwa die Hälfte in Wien. Erforderlich zum Gelingen, d. h. zur Einbringung der begehrteten Besche im Nationalrat, sind nur 200 000 Unterschriften, aber wenn die Zeichnung so weitergeht, so erscheint es nicht ausgeschlossen, daß nahezu die Hälfte oder sogar die Mehrheit der Stimmberechtigten erreicht wird. Da die Christlichsozialen und die Heimwehr heftig gegen die Beteiligung an dem „Marxisten“-Unternehmen agitieren, wird kein Erfolg ein politisch gewichtiger Sieg der Arbeiterbewegung sein!

durch gesetzliche, gegen jede nationale Unterdrückung gerichtete Bestimmungen geregelt werden. Dem Prinzip der Kulturautonomie soll in der Weise entsprochen werden, daß den von allen Bürgern einer Nation gewählten Organen die Verwaltung, beziehungsweise die Kontrolle der Kulturinstitute anvertraut wird. Amtliche Uebergänge, falls sie das Zeichen nationaler Boreingenommenheit oder provokativer Absicht tragen, sollen als schwerste Dienstvergehen geahndet werden. Die Sprachenfrage im öffentlichen Verwaltungswesen soll vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit, Elastizität und administrativen Billigkeit, nicht aber als nationale Prestige-sache geregelt werden. Die Partei verlangt ferner, (insolange nicht eine allgemeine Abriistung durchgeführt wird), Herabsetzung des Standes des tschechoslowakischen Heeres. Die in der Tschechoslowakei geplante vormilitärische Jugend-erziehung lehnt sie ab. In der Außenpolitik ist sie für Unterstützung aller Friedensbestrebungen, Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu allen Staaten und Bekämpfung der habsburgischen Gefahr. Schließlich wird auch die rechtliche Anerkennung Somjetrühlands gefordert.

Das „Bravo Vidu“ veröffentlicht bereits seit drei Monaten täglich Diskussionsartikel über das Parteiprogramm. Diese Diskussion, an der sich in überwiegender Zahl Angehörige der jüngeren Generation beteiligen, ist sehr erfreulich. Sie zeigt, daß die Partei einen Nachwuchs besitzt, dem die Wahrung der Ideale des Sozialismus, die Betonung der sozialistischen Endziele und die sozialistische Gegenwarts-politik sehr am Herzen liegen. Diese Jugend befaßt sich mit Fragen des Marxismus und es wachsen in ihr ernste sozialistische Theoretiker empor, an denen die tschechische Sozialdemokratie bisher immer Mangel hatte.

Hochverratsverfahren gegen Hitler?

Was man so zufällig erfährt.

So ganz nebenbei, durch den Zufall eines Antrages der Verteidigung auf Ladung Adolf Hitlers als Zeugen im Leipziger Hochverratsprozeß, erfährt die Öffentlichkeit, daß gegen besagten Hitler sowie gegen Goebbels und andere Naziführer ein Hochverratsverfahren beim Oberreichsanwalt im Gange ist. Der anwesende Reichsanwalt rückt auf die direkte Frage des Senatspräsidenten Baumgarten nicht recht mit der Sprache heraus, schließlich bestätigte es der Rechtsanwalt Franke, Hitlers Rechtsberater und neugewähltes M. d. R. für Breslau. „Noch nicht abgeschlossen“, fügte freilich der Vertreter der Reichsanwaltschaft hinzu. Sollte etwa das eingeleitete Verfahren manchen Kreisen schwer auf dem Magen liegen, angesichts der zahlenmäßigen Bedeutung, die die Partei Hitlers am 14. September plötzlich gewonnen hat?

Es wäre nämlich ein recht ergötzliches Schauspiel, wenn nach dem Willen des rechten Flügels der gegenwärtigen Brüning-Koalition demnächst Regierungsvorhandlungen mit einer Partei aufgenommen würden, deren oberster Führer unter Umständen bald danach sich wegen Hochverrats vor dem Reichsgericht zu verantworten haben würde.

Wir möchten aber annehmen, daß solche Ermäugungen den weiteren Gang des eingeleiteten Verfahrens nicht beeinflussen werden, sondern daß der Oberreichsanwalt ausschließlich die strafrechtlichen Gesichtspunkte für maßgebend halten wird.

Nebenbei bemerkt, muß man sich nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen darüber wundern, daß nur die drei Reichswehroffiziere als Angeklagte vor dem Reichsgericht stehen, nicht aber die führenden Nationalsozialisten wie von Pfeffer, Weiß und andere, mit denen sie ihre Zellenbildung in der Reichswehr besprochen hatten, in deren Auftrag sie ihre Rundreise durch die deutschen Garnisonen antraten und an die sie danach über ihren Erfolg Bericht erstatten sollten.

Hoffentlich wird man im Laufe der Verhandlung nicht vergessen, die Frage aufzurollen und ihr auf den Grund zu gehen, wer diese Rundreise von drei Offizieren nach Berlin, Hannover, Jüterbog, Münster, Eisenach usw. bezahlt hat. Etwa die Leutnants selber aus ihrem Offiziersgehalt? Uns will es scheinen, daß, wenn Vorsitzender und Reichsanwalt diesen eminent wichtigen Punkt ernsthaft aufrollen und sich dabei nicht mit leeren Ausflüchten abspinnen lassen, die Hochverratsanklage automatisch auf die Hintermänner in München ausgedehnt werden wird.

Es ist übrigens recht erfreulich, daß der Präsident die Angeklagten bisher so ausführlich über ihre politischen Anschauungen und Motive ausgefragt hat und hat ausreden lassen. Denn das Bild der politischen Unwissenheit und Aufgeblähsenheit, das sich dabei entrollt hat, ist erschreckend und beschämend. Herr Leutnant Scheringer, 24 Jahre alt, der also bei Kriegsbeginn 8 Jahre und bei Kriegsende 12 Jahre alt war, hält „heutzutage“ jeden Naziführer und Marxisten für einen Landesverräter. Könnte man nicht Herrn Scheringer fragen, was er eigentlich unter „Nazismus“ und was er unter „Marxismus“ versteht?

Wir sind sicher, daß über seine Antworten auf diese Fragen die ernsthafteste politische Welt sich vor Lachen den Bauch halten wird. Freilich kann er nichts dafür. Unter hundert Menschen, die in Deutschland auf den „Marxismus“ humpfen, sind zweifellos mindestens 99 nicht in diesem Ausdruck auch nur halbwegs vernünftig zu erklären.

Die neue Siedlungsbank.

Eine preussische Notverordnung.

Der Ständige Ausschuss des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Dienstagnachmittag mit der Notverordnung, die die Beteiligung des preussischen Staates bei der Deutschen Siedlungsbank mit einem Kapital von 50 Millionen vorsieht. Zunächst wurde ein kommunikativer Antrag, die Angelegenheit als „nicht dringend“ von der Tagesordnung abzusehen, und die Vorlage zunächst dem Plenum des Landtages vorzulegen, mit 16 Stimmen der Regierungsparteien gegen 13 Stimmen der Opposition abgelehnt.

Hierauf gab der Berichterstatter, Abg. Weisker (Dnol.) eine ausführliche Darstellung der Vorlage und ihrer Begründung.

Finanzminister Dr. Höpfer-Archschaff machte sodann zahlenmäßige Angaben über die Höhe der gegebenen Zwischensubventionen. Preußen hat bisher 94 Millionen zu den Krediten gegeben, das Reich 200 Millionen, wozu noch 25 Millionen für 1930 und weitere 25 Millionen für 1931 kommen. Die Reichskredite

Wahlfälschung im großen.

Pilsudskis Regierungsprogramm.

Wir erfahren aus Polen:

Als die polnische Regierung die Bildung des einheitlichen „Centrosew“, des geschlossenen Blocks der demokratischen Bauernparteien im Zentrum des polnischen Sejm und der Sozialdemokratie, sofort mit der Waffenverhaftung von Oppositionsführern beantwortete, war es klar, daß der Zweck dieser Verfolgung nur sein konnte, der Opposition den Wahlkampf zu erschweren. Man nimmt ihr die aktivsten Führer und man beraubt sie der Möglichkeit, jene Erklärung abzugeben, ohne die ihre Kandidatur unzulässig ist. Soweit Oppositionsführer noch in Freiheit sind, werden sie überfallen, wie zuerst der Sejmizemarschall Dombiski und wie — im Sejmrestaurant — der Chefredakteur des „Robotnik“ und sozialistische Fraktionsführer Rjedszowski. Damit aber noch nicht genug:

Vor einigen Tagen sprach in Pilsudski die gewesene Abgeordnete Frau Kluszniska, Führerin der sozialistischen Frauen, von Delegationen auch ausländischer Bruderparteien und von ihrem Auftreten in Berliner internationalen Kundgebungen für Frieden und Völkerverständigung auch den Berliner Genossen bekannt. Nach der Verammlung begleiteten Freunde Frau Kluszniska zur Bahn; sie stieg in den Zug nach Warschau, aber seither ist

Frau Kluszniska verschwunden, und das gleiche Schicksal traf auch den Bauernführer Grabinski

von der Bauernpartei „Betrachtung“.

Zum Beweis der Absicht großzügiger Wahlfälschung hat nun auch der Staatspräsident Moscicki sein Schärfflein beigegeben. Der Präsident Moscicki hat das unlängst in Kraft getretene Gesetz zum Schutze der Reinheit der Wahlen im Verordnungswege (die hohen Strafen für wahlfälschende Beamte!) abgeändert, obwohl das Staatsgrundgesetz ausdrücklich Wahlfälschung ausschließlich der Gesetzgebung vorbehält. Wie ein weniger verschlossenes Mitglied der Regierungspartei erklärt hat, ist die Regierung ganz sicher, bei der Wahl 300 von den 444 Mandaten für sich zu erzwingen und somit Billigung aller ihrer Rechtsbrüche erhalten wird. Die Erzwingung von 300 Mandaten ist ein offen verkündeter Punkt des Regierungsprogramms und eine Voraussetzung des Weiterbestehens des Parlamentarismus in Polen!

Die Konstitutionspraxis spottet jeder Beschreibung.

Die sechsmal in der Woche erscheinenden Oppositionsblätter werden

trotz aller Vorsicht der Redaktionen sechsmal in der Woche beschlagnahmt. Wenn an einem Orte ein freieres Wort die Zensur passiert, dann drucken es die Blätter, als scheinbar immunisiert, unter Angabe der unbeständigen Quellen ab, aber der Versuch mißlingt, es wird schamlos konfisziert. Man rechnet nicht ohne Grund darauf, daß der lehrte besonders nachrichtengierige Leser den Bezug des mißhandelten Blattes ausgibt; der Straßenerwerb beschlagnahmter Blätter ist nahezu ausgeschlossen.

der finanzielle Zusammenbruch dieser Blätter soll herbeigeführt werden.

die ja von Haus aus auch in normalen Zeiten einen schweren Existenzkampf führen. Es erscheinen Sensationsblätter im Regierungsinteresse, die um ein Viertel des Normalpreises feilgeboten werden, bis zu fünf Groschen (2 Pf.) hinunter!

Zu den gewesenen Abgeordneten, die in einer entlegenen Festung als sorglose Militärgesangene behandelt werden, hat sogar der Untersuchungsrichter und der Staatsanwalt nur gegen besondere Erlaubnis des als Saboteur berüchtigten Oberst Biernacki Zutritt. Das Essen bringen den Gefangenen Offiziere in die Zelle.

die Köpfe wurden den Gefangenen rasiert.

Der Amtssitz des Untersuchungsrichters wie auch des Staatsanwalts ist mehrere hundert Kilometer vom Kerker entfernt; beide Beamte sollen im ergiebigen Kolonialhandel betätigt werden. Der „Koprszod“ (Borfsch), unser Krakauer Parteiblatt, druckte am 20. September aus nicht konfiszierten Regierungsblättern Einzelheiten über die Behandlung der Gefangenen nach. Man läßt diese Berichte erscheinen, um Angst und Schrecken zu verbreiten. Die Soldaten benennen dieses Gefängnis in Best mit gutem Grund

die „Wanzerel“.

Das Lager besteht aus Freizeite, Straßrad ohne Bolster und Decke. Die Nahrung besteht aus Buchweizengrütze (Koscha) zweimal täglich. Alle Gefangenen wurden in leichten Kleidern eingekerkert; alle Bitten der Familien, den Gefangenen warme Kleider, Bettzeug und Nahrungsmittel zuzusenden zu dürfen, wurden abgeschlagen! Die Belieferung Dr. Liebermanns mit einer Wolljacke wurde unterjagt.

Erweiterung des Oppositionsblocks.

Warschau, 23. September.

Wie die Regierungspresse meldet, haben sich der Zentrumslinksbund und die nationaldemokratische Partei über einen gemeinsamen Wahlblock in Ostgalizien geeinigt, für die Wahlbezirke Lemberg-Stadt, Lemberg-Bezirk, Strzyl, Sambor, Stanislaw, Larnapol und Jlaczow.

Abg. Skendel (D. Sp.) hielt eine Rotverordnung an sich nicht für notwendig. Nachdem die Frage jedoch durch Abstimmung entschieden sei, stimme seine Partei aus sachlichen Gründen der Vorlage zu.

Abg. Heilmann (Soz.) wies auf die Unterschiede zwischen den Rotverordnungen des Reiches und Preußens hin. An sich wäre die Einberufung des Landtages zur Verabschiedung der Vorlage erwünscht gewesen. Da der Landtag nicht versammelt sei, müsse man jetzt die Vorlage annehmen.

Abg. Riedel (Dem.) hob hervor, daß der Inhalt der Vorlage vom alten Reichstag und auch vom Ostauschuss des Landtags gebilligt worden sei und stimmte gleichfalls der Vorlage zu.

Hierauf wurde die Rotverordnung mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten sowie der Deutschen Volkspartei angenommen.

Die englische Arbeitslosenziffer ist infolge der jüngsten Rotstandsmaßnahmen der Regierung in der letzten Woche um 36 158 Personen gesunken. Immerhin beträgt die Zahl der englischen Erwerbslosen nach 2 103 413, was 955 894 Beschäftigungslosige mehr bedeutet als in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres.

Die Landtagswahlen in Schweden haben — bis auf einen Wahlkreis, der noch nicht vollständig vorliegt — ergeben: Rechte 329 Sitze (plus 3), Bauernbund 185 (plus 21), Freisinnige 129 (minus 33), Liberale 13 (minus 7), Sozialdemokraten 469 (plus 28), und die beiden kommunistischen Parteien zusammen 8 (minus 6).

Befing und Dienstin wurden am Dienstag kampfitos von den polnischen Truppen befehlt.

Offiziere als Hochverräter.

Hitler soll als Zeuge seine „Gefeklichkeit“ beenden.

Im weiteren Verlauf des Prozesses ließ der Vorsitzende zunächst den Sachverständigen Major Theisen vom Reichswehrministerium zu den Ausführungen der Angeklagten Stellung nehmen. Major Theisen erklärte, es sei bei der Reichswehr Grundlag, daß Offiziere und Mannschaften bei allen öffentlichen politischen Kundgebungen nach Möglichkeit größte Zurückhaltung üben. Wenn bei einer Teilnahme der Reichswehr an einer öffentlichen Kundgebung eine politische Entgleisung stattfinde, so hätten die Angehörigen der Reichswehr sich zu entfernen. Zu den Ausführungen der Angeklagten, die Sachverständigen der Reichswehr hätten die Angeklagten in den Fememordprozessen im Stich gelassen, erklärte Major Theisen, daß auch den Angeklagten das Wort des Generaloberst von Seeckt bekannt gewesen sei: „Wer da glaubt, daß ich den Befehl zum Morden gegeben habe, ist ein Narr.“

Vorsitzender: „Angeklagter Scheringer, was verstehen Sie unter dem Begriff „Nationale Verbände“?“

Scheringer: „Nationale Verbände sind die Organisationen, die die Befreiung des Reichs und den Ausgleich der Spannungen zwischen den Parteien anstreben.“

Vorsitzender: „Halten Sie denn jeden Pazifisten für einen Vaterlandsverräter?“

Scheringer: „Heutzutage ja, (sehr erregt) deshalb sigen wir drei ja im Gefängnis, weil wir fanatische Nationalsozialisten sind. Nur die Nationalsozialisten können eine Neuordnung der Dinge bringen und die Reichswehr ist dazu da...“

Vorsitzender (einsachend, sehr scharf): „Die Reichswehr ist lediglich als Organ der Reichsregierung da.“

Scheringer (erregt, fast schreiend): „Wenn aber die Reichsregierung einmal pazifistisch oder kommunistisch sein sollte, so würde doch das auch auf die Reichswehr abirren.“

Vorsitzender: „Ich erlaube Sie ersichtlich, Ihren Ton zu mäßigen. „In der Voruntersuchung haben Sie mitgeteilt, daß darüber gesprochen worden sei, was denn werden sollte, wenn der Young-Plan angenommen würde, daß Sie sich dafür einsetzten wollten, die höheren Offiziere der Nationalsozialistischen Partei zuzuführen, daß

eine enge Verbindung zwischen Offizierkorps und Nationalsozialisten

herrschen müsse. Die Reichswehr dürfe keineswegs, so sei in den Besprechungen ausgeführt worden, auf die Stufe der Polizei sinken, sondern die Reichswehr müsse einzig allein die nationale Befreiung im Auge behalten. Wie dachten Sie sich denn überhaupt die nationale Befreiung?“

Scheringer: „Durch Waffengewalt, anders geht es nämlich nicht.“

Vorsitzender: „Herr Luden, in der Voruntersuchung haben Sie gesagt, daß Sie in München mit den Herren von der NSDAP über-eingekommen seien, in den Kreisen Ihrer Kameraden für die Partei zu werden.“

Luden: „So stimmt das nicht. Wenn ich das früher gesagt habe, so muß ich mich falsch ausgedrückt haben.“

Vorsitzender: „Sie haben doch aber über alle Einzelheiten, z. B. auch über die Bildung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen, gesprochen.“

Luden: „Ich gebe zu, Herr Vorsitzender, daß ich in München zu Herrn von Besser gesagt habe, ich würde versuchen, zu erreichen, daß die Stimmung zwischen dem Offizierkorps und den Nationalsozialisten im Laufe der Zeit wärmer würde.“

Vorsitzender: „Sie haben auch, z. B. vereinzelt, daß die Nationalsozialistische Partei von Ihnen Bericht über Ihre Tätigkeit erhalten sollte.“

Scheringer: „Das ist nur so zu verstehen, daß Hauptmann Wagner, ein Freund meines Vaters, beim Abschied zu mir sagte, ich solle mich doch mal wieder sehen lassen.“

Der Vorsitzende hielt den Angeklagten vor, sie hätten nach ihrer Rückkehr aus München

Die nationalsozialistische Propaganda unter ihren Kameraden mit allen Mitteln betrieben.

hätten in allen Garnisonen Vertrauensleute gesucht, die bei den Vorgesetzten Stimmung für die Nationalsozialisten machen sollten. Das letzte Ziel der Angeklagten sei offenbar gewesen, daß bei einem Umsturz nach rechts die jungen Offiziere Schwert bei Fuß ständen.

Nach diesen Ausführungen der Angeklagten nahm auf Veranlassung des Vorsitzenden der Sachverständige des Reichswehrministeriums, Major Theisen, das Wort und gab folgende Erklärung ab:

„Die deutsche Reichswehr ist ein Wachtinstrument der Reichsregierung. Sie ist lediglich einzusetzen zum Schutze unserer Grenzen. Die Einsetzung der Reichswehr erfolgt auf Befehl des Herrn Reichspräsidenten. Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Reichswehr ihr Schwert scharf halten. Aber sie muß auch dafür sorgen, daß es nicht

durch Unberufene stumpf gemacht

wird. Soldaten sind lediglich an ihre Pflicht und ihren Dienst gebunden. Wenn der Reichswehrminister im Reichstag für einen gesunden Pazifismus gesprochen hat, so lehnt er selbstverständlich einen Pazifismus ab, der Bundeserrat betreibt. Es ist auch selbstverständlich, daß junge Offiziere den Parteien sympathischer gegenüberstehen, die für die Wehrmacht eintreten und den Wehrge-danken pflegen, als den Parteien, die den Wehrge-danken ablehnen. Aber diese Einstellung darf nicht so weit gehen, daß Offiziere sich politisch betätigen. Eine Mißstimmung, wie die Angeklagten sie hier schildern, habe ich

bei unserem Offizierkorps nicht entbeden

können, obwohl ich noch bis vor wenigen Tagen ansäglich der Wanders mit den Offizieren aus dem ganzen Reich zusammen-gewesen bin.“

Auf Verlangen des Vorsitzenden schilderte der Angeklagte Luden dann, wie er nach der Zusammenkunft in München einige Wochen später nach Hannover gefahren sei, um dort mit dem ihm persönlich bekannten Leutnants Lorenz und Winter zu ver-handeln.

Vorsitzender: „Sie wollten die Kameraden in Hannover zur Zellenbildung zugunsten der Nationalsozialisten auffordern.“

Vorsitzender: „Sie haben doch beiden Herren erzählt, daß in späterer Zeit eine nationale Bewegung bevorstehe, allerdings habe man aus dem Hitler- und Kapp-Putsch gelernt.“

Angeklagter: „Dem Sinn nach habe ich das wohl gesagt.“

Vorsitzender: „Ist es richtig, daß Sie Leutnant Lorenz und Winter gejagt haben, Sie würden die beiden Herren mit einem Nationalsozialisten zusammenbringen, der ihnen noch alles viel besser und genauer sagen könnte, als Sie selbst?“

Angeklagter: „Jawohl, das ist richtig.“

Dann erfolgte die Vernehmung des Oberleutnants a. D. Bendi. Er sei über die Münchener Unterredung von Scheringer und Luden ins Bild gesetzt worden und er habe damals die Auffassung ge-habt, daß

die Ablehnung des Young-Planes für die Regierung sehr leicht gewesen wäre (!).

wenn diese sich auf eine starke Wehrmacht hätte stützen können. Diese Auffassung hätten er und sein Freund dem Reichswehr-ministerium im Namen der jungen Offiziere auch mitteilen wollen.

Vorsitzender: „Glauben Sie denn wirklich, daß das Reichswehrmini-sterium auf ein paar junge Leutnants aus Wlm angebissen hätte?“

Angeklagter: „Sicherlich, denn das Reichswehrministerium ist doch letzten Endes auf die Stimmung des jungen Offizierkorps an-gewiesen.“

Es trat hierauf eine Mittagspause bis 4 Uhr ein.

In der Nachmittagsverhandlung wurde dann die Reise des Leutnants Luden nach Berlin besprochen, wohin er Oberleutnant Löhr vom Jägerbataillon 3 bestellt hatte.

Vorsitzender: „Sie sollen zu Leutnant Löhr mündlich gesagt haben:

Wenn nichts anderes hilft, dann muß ein gewaltsamer Umsturz kommen.

Angeklagter: „Es war doch so, daß man im ganzen deutschen Offizier-korps für die Zukunft eine gewisse Klärung schaffen wollte.“

Vorsitzender: „Sie können doch nicht immer von dem ganzen deutschen Offizierkorps sprechen oder wollen Sie etwa sagen, daß alle deutschen Offiziere so wie Sie gegen den Stachel lösen?“

Angeklagter: „Das glaube ich sagen zu können. Wir standen vor der Entscheidung, ob wir auch in Zukunft nur schimpfen oder ob wir eine Entscheidung herbeiführen sollten.“

Angeklagter: „Ich bin der Meinung, daß Löhr mich in vielen Punkten falsch verstanden hat.“

Vorsitzender: „Haben Sie nicht auch die Worte gebraucht: Wenn es nicht gelingt, auf friedlichem Wege zu einer nationalen Regierung zu kommen, dann muß es eben auf dem Wege des Um-sturzes gehen?“

Angeklagter: „Das habe ich bestimmt nicht gesagt.“

Vorsitzender: „Sie sollen zu Löhr und Fürten weiter gesagt haben, es schade nichts, wenn eine Diktatur komme, nur dürfe die Verfassung nicht geändert werden. Was dachten Sie sich eigentlich dabei?“

Angeklagter: „Ein gewaltsamer Umsturz der Regierung hätte auch einen Verfassungssturz bedeutet. Das deutsche Volk hängt jedoch in weiten Kreisen an der republikanischen Verfassung. Sie zu ändern hätte das Volk wohl kaum geduldet. Wir persönlich war auch die Regierungsform gleichgültig.“

Ich diene jeder Regierung, auch einer kommunistischen.

Ich kämpfe lediglich für eine Stärkung des Wehrstandens in Deutschland.“

Vorsitzender: „Sie haben dem Leutnant Fürten mitgeteilt, daß ein Nationalsozialist zu ihnen kommen und ihnen weitere Aufklärungen geben werde.“

Angeklagter: „Das mag schon sein.“

Vorsitzender: „Daraus geht doch klar hervor, daß Sie eine regel-rechte Organisation innerhalb des Heeres schaffen wollten.“

Wie stehen Sie denn heute zu der Frage, was Sie tun müßten, wenn die Reichswehr in einem Putsch gegen Rechts-organisationen eingesetzt würde?“

Angeklagter: „Das ist für jeden Offizier eine Gewissensfrage, denn die Wehrverbände wollen ja schließlich dasselbe wie wir, nämlich die Wehrhaftmachung unseres Volkes.“

Vorsitzender: „Jetzt weisen Sie einmal nicht aus: Wenn es hart auf hart ginge, würden Sie auf einen Angehörigen der Rechtsverbände schießen? Der Angeklagte schwieg.“

Vorsitzender: „Ihr Schweigen ist sehr beredt.“

Angeklagter: „Herr Vorsitzender, Sie müssen die Dinge nicht immer so sehen, als ob es sich hier nur um das Vorgehen einiger Offiziere handelt. Wir hätten vor allen Dingen auch im Auge, die Reichswehr selbst mehrthafter zu machen, denn es ist ein Verstum, anzunehmen, daß die Mannschaften in der Reichswehr etwa alle national gestimmt sind. Wir jungen Offiziere wissen am besten, daß das nicht der Fall

ist. Deshalb muß die Reichswehr kriegerisch erzo-gen werden, um sie für den Freiheitskampf in der Zukunft bereit zu machen. Als ich in die Reichswehr als Wehrfreiwilliger eintrat, da wurde das Ehrhardt-Lied gesungen und wir glaubten, daß bald die allgemeine Wehrpflicht kommen würde, aber dann kam die Enttäuschung.“

Der Vorsitzende verlas sodann einen Brief des Angeklagten Bendi an den Leutnant Bergmann, in dem es heißt:

„Na laß man, Franz, die Rangliste im dritten Reich machen wir, und dann Gnade Gott allen Leisetretern.“

Der Angeklagte Bendi erklärte hierzu, daß er diesen Brief ge-schrieben habe aus Verärgerung über eine abfällige Äußerung des Oberleutnant Haase über die Nationalsozialistische Partei.

Zum Schluß der Verhandlung erhob sich plötzlich Reichsanwalt Frank-München und erklärte: Ich stelle hiermit den Beweis-antrag, Adolf Hitler in München als Zeugen dafür zu laden, daß die Nationalsozialistische Partei niemals den Sturz der Ver-fassung oder der Regierung angestrebt hat. Hinter dieser An-klage gegen die drei Reichswehroffiziere steht wie ein Gewitter die Drohung, daß die Nationalsozialisten den Sturz der Verfassung oder der Regierung von jeher anstreben, und daß die Angeklagten lediglich die Werkzeuge der Partei gewesen seien, die Reichswehr zu unterminieren. Die Frage, ob die Nationalsozialisten die Verfassung auf illegalem Wege beseitigen wollen oder nicht, ist die Kernfrage dieses Prozesses.“

Vorsitzender: „Herr Verteidiger, wollen Sie Ihren Antrag vielleicht dahin erweitern, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ihr Ziel immer auf legalem Wege verfolgt hat?“

R.-A. Frank: „Ich weiß, worauf Sie hinauswollen Herr Vor-sitzender. Adolf Hitler wird jedoch bekunden, daß die National-sozialistische Partei ihre Ziele seit dem November 1923 ge-ändert hat.“

Vorsitzender: „Zunächst möchte ich einmal den Herrn Reichsanwalt fragen, was er behauptet. Ob lediglich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei den Umsturz will oder ob er nur behauptet, daß die Angeklagten sich zu einer unftürzerlichen Bewegung zu-lammengelassen haben.“

Reichsanwalt: „Ich behaupte, das letztere. Die Reichsanwalt-schaft ist sich darüber klar, daß in diesem Prozeß keine Notwendig-keit besteht, die Frage zu klären, ob die Nationalsozialisten den Umsturz der Verfassung wollten oder nicht. Diese Frage ist für die Beurteilung der Schuld der Angeklagten meiner Ansicht nach unerheblich.“

Vorsitzender: „So viel ich weiß, schwebt doch gegen maßgebende Führer der Nationalsozialistischen Partei, gegen Herrn Hitler und Herrn Goebbels ein Verfahren wegen Hochverrats.“

Reichsanwalt: „Das ist an sich richtig. Die Verfahren sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Ich kann mich bewegen dazu noch nicht näher äußern.“

Vorsitzender: „Für das Gericht ist aber die Frage wichtig, ob auch gegen Herrn Hitler ein Verfahren schwebt. Da der Reichs-anwalt mit seiner Antwort zögerte, erhob sich Reichsanwalt Frank und erklärte mit lauter Stimme: „Jawohl, Herr Reichs-anwalt, ich bestätige Ihnen, daß auch gegen Adolf Hitler ein Verfahren wegen Hochverrates anhängig gemacht ist.“

Reichsanwalt: „Soweit mir bekannt ist, hat die Reichswehr gegen Herrn Hitler Strafantrag gestellt.“

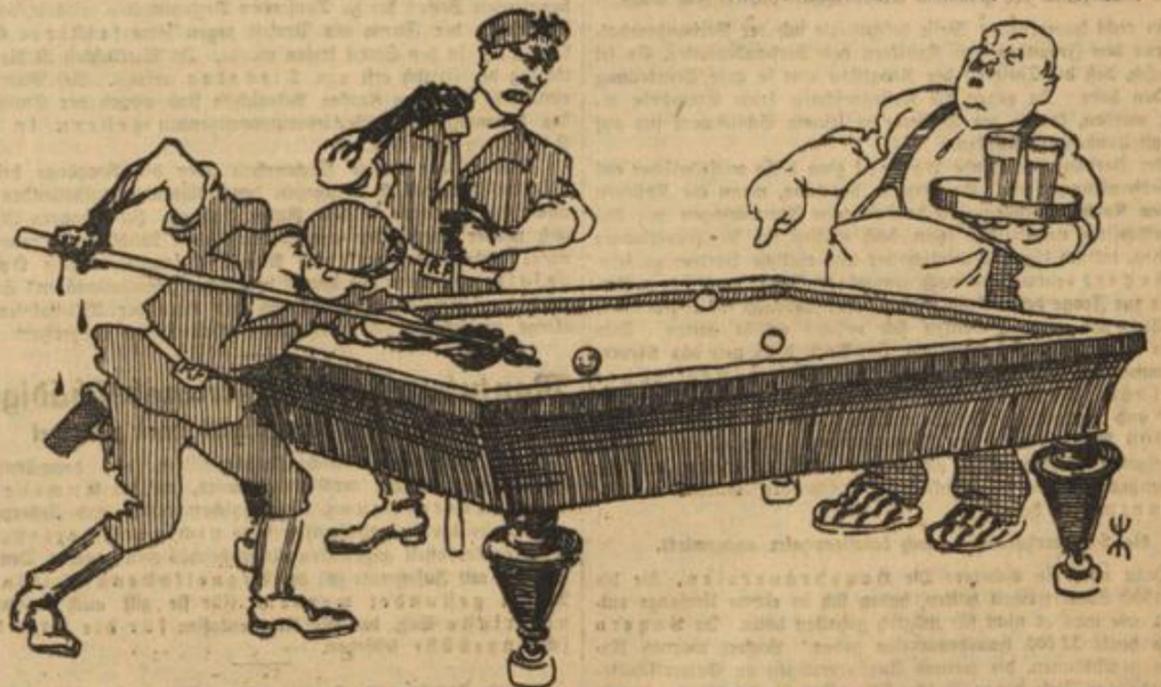
R.-A. Dr. Sag: „Als Verteidiger des Angeklagten Scheringer sehe ich mich nicht in der Lage, dem Beweisanspruch meines Kollegen Dr. Frank beizutreten. Scheringer hat mit Lust und Liebe seinen Beruf als Soldat ausgeübt. Verbindung mit irgendeiner Partei hatte er jedoch nicht. Ich halte es für unerheblich, hier Herrn Hitler über die Bestrebungen der Nationalsozialistischen Partei zu hören.“

R.-A. Kameke schloß sich jedoch den Ausführungen Dr. Franks an. R.-A. Dr. Frank hat noch einmal, Adolf Hitler zu laden, indem er seine ersten Ausführungen wiederholte.

Das Gericht beschloß nach einer kurzen Beratung, Adolf Hitler, der sich gegenwärtig in Berchtesgaden zur Kur aufhält, für Donnerstagmorgen als Zeugen zu laden mit der Begrün-dung, daß seine Befundungen für die Schuldfrage der Angeklagten vielleicht doch von Wichtigkeit sein könnten.

Darauf wurde die Verhandlung auf Mittwochmorgen 9 Uhr vertagt.

„Wir gingen zu Boer und spielten unsere Partie Billard weiter.“
(Zeuge Walter J. im Al-Böhler-Nordprozeß.)



„Sollt Ihr nicht wenigstens das Blut von Euren Händen waschen?“ — „Wieso, scheniert Dir det etwa?“ — „Das nicht! Aber das Billardtuch könnte dreckig werden!“

Berlin errichtet Bausparkasse.

Beschluß der Stadtverordneten. — Neue Anträge gegen VVO.

Die Stadtverordneten haben gestern in einer wegen des Städtetages auf den Dienstag einberufenen langdauernden Sitzung einen großen Teil der Tagesordnung aufgearbeitet. Wie dabei die Deutschnationalen in Gemeinschaft mit den Kommunisten und den Nazis den Interessen der Stadt gegenüberstanden, zeigte sich bei der Beratung einer Vorlage wegen der Uebernahme einer Bürgerschaft zum Zwecke des Wohnungsbaus. Alle Verpflichtungen der früheren privaten Hochbahn-Gesellschaft muß die jetzige Berliner Verkehrs-Gesellschaft erfüllen, wogegen bei der Uebernahme der Bürgerschaft durch die Stadt die VVO. entlastet werden hätte. — Die Nationalsozialisten, die am letzten Donnerstag erklärt hatten, sich an den Beratungen der Stadtverordneten nicht mehr zu beteiligen und dann demonstrativ den Saal verlassen, waren gestern wieder fromm und wieder auf ihren Plätzen. Was ihr Redner — sie schickten immer denselben vor — mitsprachen hatte, blieb allen ein Rätsel: der Mann erregte stürmische Heiterkeit.

Zu Beginn der Sitzung gab es zunächst wieder den üblichen Strauß kommunistischer und nationalsozialistischer Dringlichkeitsanträge. Beide Fraktionen hatten sich die Berliner Verkehrs-A.-G. vorgenommen; so protestierten die Nazis gegen die Entlassungen, weil sie „nach politischen Gesichtspunkten“ vorgenommen seien. Die sofortige Jurisdiktion wurde gefordert. In dem kommunistischen Antrag wird die Aufhebung der VVO. als Aktengesellschaft und die Fortführung als Kammerbetrieb der Stadt verlangt. Man forderte weiter, alle „arbeiterfeindlichen“ Arbeiter, Angestellten und Direktoren zu entlassen, den Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich einzuführen und eine Reduzierung der Tarife mit dem Ziele der Herabsetzung der Fahrpreise vorzunehmen. Für einen großen Teil der Berliner Bevölkerung wurde außerdem freie Fahrt auf allen Verkehrsmitteln verlangt. — Diese Anträge und die bereits auf der Tagesordnung stehenden, die sich ebenfalls mit der VVO. befassen, wurden alle ohne Debatte einem Ausschuss überwiesen.

In einem Antrag, in dem die Nationalsozialisten gegen das Vorgehen der Preußenregierung gegen Beamte, die staatsfeindlichen Parteien angehören, Protest erhoben, stellten die Nazis fest, daß sie eine Änderung der Staatsverfassung nur auf verfassungsmäßigem Wege erstrebten. Die Mehrheit der Versammlung nahm das entsprechend zur Kenntnis.

Eine sehr lange Debatte gab es über die Errichtung einer

Bausparkasse bei der Stadtbank.

Stadt. Weinberg (Soz.) betonte, daß die sozialdemokratische Fraktion der Vorlage durchaus skeptisch gegenüberstehe, da nur ein sehr geringer Teil der Bevölkerung, der sich in sehr fester Stellung mit entsprechendem Einkommen befinden müßte, an solcher Bausparkasse interessiert wäre. Jährlich etwa 1000 Mark bis zur Auszahlung der Garantiesumme zu sparen und schließlich nach der Errichtung eines Eigenheims weiter jährlich 1400 Mark aufzubringen, sei nur sehr wenigen möglich. Aus diesen Gründen hätten

auch die freien Gewerkschaften die Errichtung solcher Bausparkassen abgelehnt.

Wenn die sozialdemokratische Fraktion trotzdem der Vorlage zustimme, so nur aus dem Grunde, um das Publikum abzuhalten, ihre inuerewerbenden Gelder bei den vielen privaten Bausparkassen, die gegenwärtig ohne jede behördliche Kontrolle arbeiteten, anzulegen. Die privaten Kassen nehmen bedeutend mehr als Später an, auch wenn er nach seiner ganzen materiellen Lage nie in den Genuß eines Eigenheims kommen kann.

Ein großer Zusammenbruch, wie wir ihn in der letzten Zeit bei vielen privaten Bankinstituten erlebt haben, sei durchaus nicht unmöglich.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Stadto. Treffel (Z.) lehnte die

Vorlage ab, ebenso die Kommunisten und die Nazis. In der Abstimmung wurde der Errichtung einer städtischen Bausparkasse mit der Maßgabe zugestimmt, daß sie nicht der Stadtbank, sondern der Städtischen Sparkasse angegliedert wird.

Abgelehnt wurde eine Vorlage des Magistrats, die der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleintindersterblichkeit in Charlottenburg eine Beihilfe gewähren wollte. Stadto. Dr. Käthe Frankenthal (Soz.) lehnte die Vorlage deswegen ab, weil

an der Reichsanstalt in erheblichem Umfang medizinische Experimente an Säuglingen und Kindern vorgenommen

würden und weil die Leitung der Anstalt gegenüber dem Hauptgesundheitsamt nicht das erforderliche Maß von Loyalität aufgedrückt habe. Die Rednerin bemerkte, daß es merkwürdig sei, daß der kommunistische Stadtarzt Dr. Schminke in Neukölln im Ausschuss für die Vorlage eingetreten sei, daß aber die kommunistische Stadtverordnetenfraktion im Plenum umfalle. Auf einen kommunistischen Jurist hin: Sie sind ja immer gegen Dr. Schminke, das haben wir bei den Diphtheritisuntersuchungen in Neukölln gemerkt, erklärte Genossin Frankenthal, daß sie sich gegen diese und ähnliche lägenhaften Behauptungen an der dafür geeigneten Stelle zur Wehr setzen werde.

Für den Wohnungsbau an der neugebauten Dahlemer Untergrundbahnstrecke

hatte die frühere Hochbahn-Gesellschaft für eine Häuserbaufirma eine Bürgerschaft in Höhe von vier Millionen Mark übernommen. Die Berliner Verkehrs-A.-G. hat den Vertrag übernehmen müssen und jetzt fordert die Reichsverwaltungsanstalt für die Hergabe des Baugeldes die Bürgerschaftsübernahme durch die Stadt als einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Eine entsprechende Vorlage des Magistrats wurde nach heftigen „Interessenten“-Rede des deutschnationalen Bauunternehmers Fiedler mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Nazis und der Kommunisten abgelehnt. Der Erfolg wird sein, daß

das Geld jetzt auf dem privaten Kapitalmarkt zu einem wesentlich höheren Zinssatz beschafft werden wird

und daß die VVO. die volle Bürgerschaft für vier Millionen Mark übernehmen muß, während die Stadt nur für 3/4 Millionen eintritten sollte.

Eine ganze Reihe von Vorlagen wurde ohne Debatte verabschiedet. Bei einer Vorlage, die Mittel für die Instandsetzung des jetzt geschlossenen Rastellers zum Zwecke der Wiederverpachtung forderte, verlangten die Kommunisten, daß der Rasteller durch die Stadt betrieben und daß Speisen und Getränke zu Selbstkostenpreisen abgegeben würden. Die Vorlage wurde nach den Wünschen des Magistrats angenommen.

Die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion wegen eines Reichsgerichtsurteils in einer Grundstücksangelegenheit brachte zur vordergründigen Stunde noch eine sehr lange Debatte, in der noch juristischen Ausführungen vieler Stadtverordneter und Stadtbaurat Dr. Wagner (Soz.) mehrmals sprach. Einem Grundstückbesitzer in Wannsee war durch die Festlegung des Fluchtlinienplanes der Wert seines Grundstückes sehr stark beschnitten worden und er hatte ein obliegendes Reichsgerichtsurteil nach der Richtung erzielt, daß die Stadt ihm zu entschädigen habe. Stadtoverordneter Weinberg (Soz.) behandelte die Frage grundlegend, und er stellte schließlich fest, daß

solche Reichsgerichtsurteile einfach unhaltbar

wären. Die Stadt laufe Gefahr, Hunderte von Millionen für Entschädigungen bezahlen zu müssen. Nur eine reichsgerichtliche Revisionsurteilung könne hier helfen. Stadtbaurat Wagner meinte, die juristische Konstruktion des Urteils im Gegensatz zu den Erfordernissen schlechthin stünde.

Obst- und Gemüseausstellung in Biesdorf. In Berlin-Biesdorf veranstaltet der Obst- und Gartenbauverein anlässlich seines 25jährigen Bestehens am Sonntag, dem 28. und Montag, dem 29. September d. J. eine Jubiläums-Obst- und Gemüseausstellung in sämtlichen Sälen von Biesdorf-Nord. Die Ausstellung ist an beiden Tagen von 13 bis 20 Uhr geöffnet.

Die Voruntersuchung gegen Kürten.

16 Mordfälle werden untersucht.

Düsseldorf, 23. September.

Zur Richtigerklärung der in der Presse verbreiteten, aber dem „Vorwärts“ nicht veröffentlichten Nachrichten über den Stand der Voruntersuchung in der Mordsache Kürten wird mitgeteilt, daß die Voruntersuchung in den Fällen des vollendeten Mordes an der Frau Kuhn, Lenzen, Hamacher, Reuter, Dörrier, Uebermann und des versuchten Mordes an der Schulte, Soldhausen, Mantel, Kornblum, Meurers und Wanders vorbehaltlich des noch ausstehenden Gutachtens der Irrenärzte abgeschlossen ist. Die Untersuchung wegen des versuchten Mordes an der Frau Kuhn und des vollendeten Mordes an dem Invaliden Scheer, der kleinen Ohlinger und der Christina Klein in Mülheim am Rheing ist im Gange.

Zwischen durch wurden und werden zahlreiche Fälle des versuchten Mordes und der Brandstiftung geprüft, um ein möglichst klares Bild von der Persönlichkeit des Angeklagten zu gewinnen. Es ist jedoch nicht beabsichtigt, auch diese Fälle zur Anklageerhebung vorzubereiten, weil sie gegenüber den oben namentlich erwähnten Verbrechen von minderer Bedeutung sind (§ 154).

Ueber den Zeitpunkt des Schlußes der Voruntersuchung kann noch nichts Bestimmtes gesagt werden, weil die im hiesigen Gefängnis begonnene vorläufige Untersuchung des Angeklagten auf seinen Geisteszustand, der sich eine länger dauernde Beobachtung in einer Irrenanstalt anschließen soll, noch nicht beendet ist. Es wird jedoch mit einem Abschluß der gerichtlichen Voruntersuchung im Dezember d. J. gerechnet. Ueber Zeit und Ort der Hauptverhandlung ist noch nichts bekannt.

Um die Neuköllner Großhandels-Gesellschaft.

Boigs zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Betrügereien bei der Neuköllner Großhandels-Gesellschaft waren Gegenstand eines Prozesses, der vor dem Neuköllner Schöffengericht gegen den Geschäftsführer Stadtoberinspektor a. D. Boigs durchgeführt wurde.

Bereits im Dezember vorigen Jahres waren die Leiter dieses aufgelösten Kommunalbetriebes von dem Gericht verurteilt worden, weil sie bei der Festlegung der Tantiemen und Aufwandsentschädigungen Betrug verübt hatten. Bei diesem Prozeß ergab es sich, daß der jetzt angeklagte Geschäftsführer Boigs für die Gesellschaft besorgt hatte und sich dafür übermäßig hohe Provisionen auszahle. Die Neuköllner Großhandels-Gesellschaft war im Jahre 1910 zu dem Zweck gegründet worden, die aus dem Krieg stammenden Lebensmittel zu verwerten und abzugeben. Die Gesellschaft hatte zunächst einen recht guten Geschäftsstand und schloß am 1. Januar 1924 ihre erste Goldbilanz mit einem Kapitalbestand von 250 000 Mark ab. Infolge der Senkung der Lebensmittelpreise im Frühjahr 1924 und durch das Verschulden der Leitung dieser Gesellschaft war der Betrieb bis zum Ende des gleichen Jahres zu einem Defizitbetriebe heruntergewirtschaftet und wurde im Februar 1925 aufgelöst. Der Geschäftsführer Boigs beforgte mehrfach für die Gesellschaft Geld, und zwar mit Bürgschaften verschiedener Banken und berechnete sich außer erheblichen Zinsen noch 1 1/2 Proz. Provision pro Monat.

Bei der Zeugenvernehmung gab der Buchrevisor Lachmann an, daß er bei der Nachprüfung der Bücher festgestellt habe, daß kleinere Beträge auch an Bürgermeister Scholz und Stadtrat Kahlke ausgezahlt worden seien. Bürgermeister Scholz erklärte uns auf Anfrage, daß er nie Beträge entnommen habe, ohne berechtigt gemein zu sein, und daß es sich auch höchstens



Drei Stunden nachdem Una in New York angekommen war, rief sie den Gegenstand ihrer heimlichen kommerziellen Neigung, den nichtsahnenden Herrn Robert Sidney im Büro der White-Line Hotels an. Sie war so aufgeregt, daß sie zehn Minuten brauchte, um sich zu beruhigen, ehe sie ins Büro rief, zu telefonieren. So oft sie den Hörer abhob, hing sie ihn wieder an und hat im Geiste das Telephonfräulein um Entschuldigung. Doch als sie endlich mit dem Büro verbunden war und Herrn Bob Sidneys heisere Stimme rufen hörte: „Jaa? Hier Robert Sidney“, war Una wider ganz ruhig.

„Hier Frau Schwirz, Vertreterin von Truar u. Fein. Ich habe eben Pennsylvanien bereist und bin in Ihren White-Line-Hotels abgestiegen. Natürlich bin ich, was Unterkunft anbelangt, in mancher Beziehung Fachmann, und da hab' ich mir einiges über Ihre Hotels notiert — einige Vorschläge, die vielleicht für Sie von Interesse wären. Wenn Sie wollen, könnten wir morgen zusammen Mittagessen, und ich erzähl' Ihnen die Dinge bei dieser Gelegenheit.“

„Ja, hm — ja...“

„Ich bin natürlich sehr beschäftigt mit unserem neuen Long Island-Projekt; wenn Sie also morgen keine Zeit haben, so müßten wir die Sache aufschieben, aber ich dachte, es wäre doch besser, wenn Sie die Vorschläge hören, solange mir die Sache noch gut in Erinnerung ist. Aber vielleicht können wir für übernächste Woche etwas verabreden, wenn...“

„Nein, nein, lassen wir es bei morgen.“

„Gut also. Wollen Sie mich bitte hier abholen — Truar u. Fein, Zodiacegebäude?“

Una stand am nächsten Tag um sechs Uhr dreißig auf, um sich für die Rolle der großen Geschäftsfrau anzukleiden, und ehe sie ins Büro ging, ließ sie sich das Haar waschen.

Herr Bob Sidney holte sie ab. Er war ein schlanker, energischer Mensch, den Hut tief hinten im Nacken, vergrünelt, glattrasiert, mit breitem Kinn und schallender Stimme, und er drehte schnell und ununterbrochen eine abgekauete Zigarre zwischen den Fingern. Sie, die durchaus Alltägliche, schien im Vergleich zu Herrn Sidney hochentwidelte, und es lag nichts Verdägliches in ihrem Gebahren, als sie in einem Zwanzig-Dollar-Hut aus dem Hause schritt und gleichgültig bemerkte: „Sehen wir vielleicht ins Waldorf — es ist ganz nett dort und gar nicht schlecht.“

Auf dem Wege dahin massierte sich Herr Sidney geradezu den Kopf mit seinem Hut — bald drückte er ihn über das eine Auge nieder, dann schob er ihn wieder zurück auf den Scheitel —, während er sich herauszufinden bemühte, wer und was und warum Frau Una Schwirz sei. Er hörte nicht auf, sie abzuschätzen. Es war klar, daß er ausfindig machen wollte, ob dieser geheimnisvolle telephonische Anruf von einer heizvoll-lustigen Witwe stamme, die von seinen Reizen gehört hatte. Zum Schluß stolperte er noch über da niedere Gitter vor dem Waldorf-Restaurant, rannte in den Wagenrufer hinein und ließ seine ausgegangene Zigarre fallen. Doch die ganze Zeit über hörte Una nicht auf, Konversation zu machen über die Schönheit des Frühlings in Pennsylvanien.

Dank dem Gesichtspuder und der Pracht eines neuen Hutes sah sie völlig kühl und gleichmütig aus. Doch sie mußte immerfort denken: „Niemand könnte ich diese Beatrice-Joline-Pose Herrn Fein oder Herrn Koh gegenüber aufrecht erhalten. Arme Una, bei denen würdest du glatt herausplagen, daß du eine Stelle haben willst!“

Sie segelte auf einen Eßtisch beim Fenster zu. Der Kellner reichte Herrn Sidney die Speisekarte, doch sie streckte ihre Hand danach aus. „Dieses Mittagessen ist meine Angelegenheit. Ich bin nicht einfach eine Frau, sondern eine Geschäftsfrau.“ sagte sie zu Herrn Sidney und bestellte schnell ein Mittagessen, das frech einem Essen nachgeahmt war, das Herrn Fein einmal für sie bestellt hatte.

„Hübsch heiß für einen Apriltag, nicht?“ meinte Herr Sidney.

„Ja... sind Sie zufrieden mit der White-Line?“

„Ja! Das Geschäft geht nicht schlecht!“

„Sie haben Ärger gehabt mit Ihrem Tagesportier in Brockenfels, wie ich hörte.“

„Ja, woher wissen Sie das?“

„Ach —“ Sie lächelte bloß.

„Na, der Kerl ist ein Hochstapler. Er ist vom New-Willard zu uns gekommen, und wenn man ihn reden hört, glaubt man, daß er das ganze Willard regiert hat. Aber er ist nur ein Eindruckschinder, sonst nichts. Ich muß immer denken — nein, das vergess' ich nie — wie ich einmal in Boston war, bin ich mit einem Nigger-Portier zusammengekommen, und der hat mir erzählt, daß er ein Freund des Präsidenten der Pullmann-Gesellschaft sei und ihn dazu bewegen habe, Schlafwaggons einzuführen. Ich weite meinen Kopf, er hat es selbst geglaubt. So sind diese Leute. Der muß den Laufpaß bekommen... Na, ich hoffe, Sie sind nicht befreundet mit ihm?“

Una erwiderte: „Keine Spur. Er soll nur fliegen. Er wies mir ein Zimmer an, als wäre er Oberaufseher eines Obdachlosenheims.“

„Aber es ist so schwer, gutgeschultes Personal zu bekommen, daß ich es mir sogar überlege, diesen Menschen wegzuschicken. Nur um Ihnen zu erklären, wie die Dinge stehen: wissen Sie, gerade in dem Augenblick, wo ich damit beschäftigt war, für ein neues Hotel abzuschließen, mußte ich die Verhandlungen abbrechen und mich hinsetzen, um in Sandjondville selber ein paar Stubenmädchen abzurichten. Sie wären vor Lachen gestorben, wenn Sie gesehen hätten, wie ich selber die Betten gemacht und diesen Gänsen gezeigt habe, wie man — mit Verlaub zu sagen — einen Spucknapf reinigt; das war wirklich ein Theater, zum Teufel! Ich weiß, daß so ein Geschäftstreibender Wert darauf legt, daß die Bettdecke am Fußende ordentlich ins Leintuch eingeschlagen ist! Ja, es ist eine schwere Sache. Die Gäste schimpfen, wenn man sie schlecht bedient, und das Personal schimpft, wenn man ordentliche Bedienung verlangt, und zum Schluß geht's auf den Hotelier aus, der von beiden Seiten alles hinunterschlucken muß.“

„Nun, ich will Ihnen sagen, wie Sie sich geschultes Personal verschaffen können, und wie Sie es anstellen müssen, um Ihre Hotels über das durchschnittliche Niveau zu heben. Ihre Hotels sind im allgemeinen recht gut, und Sie geben den Leuten wirklich guten Kaffee und gute Betten und gemessen Kredit, so wie Sie versprechen, aber sonst sind Ihre Hotels nicht mehr als durchschnittlich. Ich werde Ihnen sagen, wie Sie's machen müssen, um das zu erreichen.“

(Fortsetzung folgt.)

um kleinere Beträge als Erstattung von Unkosten handeln könnte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Boigs zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten.

Ein Invalide schreibt . . .

Früher kamen Invaliden ins Gefängnis und Arbeitshaus.

Zur Reichstagswahl sind der Redaktion aus allen Berufsständen und Bevölkerungsgruppen so viele Aufforderungen an die engeren Berufsgenossen zur Wahlbeteiligung zugegangen, daß es unmöglich war, allen Raum zu gewähren. Bei der Durchsicht finden wir auch das Schreiben eines Kriegs- und Arbeitsinvaliden, das in seiner schlichten natürlichen Echtheit so ergreifend ist, daß es über die Wahl hinaus Bedeutung behält. Einbringlich schildert es in wenigen Worten die erbärmlichen Verhältnisse des kaiserlichen Deutschland. Der Invalide schreibt:

Ihr Arbeitsinvaliden, ehe es eine Sozialversicherung gab, waren unsere Leidensgenossen auf die Armenunterstützung angewiesen. Durch deren Bezug wurden sie allerpolitischen Rechte beraubt. Kein Wahlrecht durften sie ausüben. Erwünscht man sie beim Wählen, dann trat eine „Fürsorge“ in Kraft, durch die sie ins Gefängnis, Arbeits- oder Armenhaus gesteckt und dadurch auch der Freiheit beraubt wurden.

Wer gab diesen Opfern die Freiheit wieder? Wer machte sie zum gleichberechtigten Bürger? Wer sorgte dafür, daß auch alle Wohlfahrtsempfänger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können? Einzig und allein die Sozialdemokratie. Ihr Kriegsinvaliden denkt an die schönen Versprechungen die euch vom alten Regime gemacht wurden! Die Praesen vom „Dank des Vaterlandes“ und von der „ausreichenden Versorgung“ habt ihr oft bitter durchkosten müssen. Ist es da nicht erstaunlich, daß trotz der schweren Wunden, die der Weltkrieg hinterlassen hat, verbrecherische Menschen zu neuem, noch schlimmerem Unglück rufen. Ihr aber wollt: „Nie wieder Krieg!“ und tretet mit der Sozialdemokratie für Völkerverständigung und Völkerfrieden ein. Sie ist die Partei, die in jähem Kampf Schritt für Schritt für eure Forderungen im Parlament eintritt und alle Kräfte einsetzt, um das zu erreichen, was nur irgend unter den obwaltenden Umständen zu erreichen möglich war. Die Sozialdemokratie ist und bleibt die Partei, die volles Verständnis für die wirtschaftlich Schwachen hat und dafür eintritt, daß alle ein menschenwürdiges Dasein führen können.

Die Arbeitsinvaliden ins Arbeitshaus, die Kriegsinvaliden mit dem Beierlasten auf die Strafe, ihre Söhne zur Zwangsarbeit auf die Güter und in die Industriehöfen, ihre Töchter der Prostitution überantwortet, das wäre die Folge, wenn die Nazis ans Ruder kämen.

Zweimal die gleichen Girls.

Feindliche Brüder vor Gericht.

Der nüchterne Saal des Landgerichts I, in dem die Arhebetrechtskammer tagt, wurde gestern durch die Tanzbeine von 18 Jackson-Girls anmütig belebt, die gekommen waren, um mit ihrem Tanzmeister Alfred Jackson gegen die Nachahmung ihrer Tänze durch die Truppe des Bruders Herbert Jackson zu protestieren.

Beide Balletts gastieren bekanntlich augenblicklich in Berlin, die einen in der Scala, die anderen im Zirkus Busch. Alfred hatte gegen seinen Bruder Herbert eine einstweilige Verfügung erwirkt, die diesem bei einer Buße von 10.000 M. unterlagte, durch seine Truppe die von Alfred erfundenen Tänze aufzuführen zu lassen. In der mündlichen Verhandlung, die gestern auf Antrag von Herbert Jackson stattfand, ging es recht lebhaft zu, weil die Alfred-Jackson-Girls von ihren Zungen so ausgiebigen Gebrauch machten, wie abends auf der Bühne von ihren Beinen, so daß sich Landgerichtsdirektor Weigert energisch Ruhe ausbitten mußte.

Die Kammer hob schließlich die einstweilige Verfügung gegen Herbert Jackson wieder auf, da der Vorwurf, es handle sich um eine genaue Nachahmung der Tänze des Alfred-Jackson-Balletts, nicht genügend glaubhaft gemacht werden konnte.

Schwierigkeiten des Berufsschulunterrichts.

Zum Todesfall in der 6. Berufsschule.

Wir berichteten kürzlich in einem Beitrag: „Ein Opfer der Reformtänze“ über den Tod des Friseurlehrlings Johannes Spichalski. Bekanntlich kam Sp. während des Turnunterrichts in der 6. Berufsschule ums Leben. Nachträglich erfahren wir noch einen merkwürdigen Umstand. Während Spichalski die für ihn verhängnisvollen Kimmzüge machte, zerplatzte das Hornplättchen seines Kragnetropfes und die Metallspitze des Knopfes drang ihm in die Gurgel. Dieser unglückliche Umstand dürfte zusammen mit einer Herzschwäche den Tod des Belehrlings herbeigeführt haben.

Der junge Spichalski wird uns von seinen Lehrern als ein lebenslustiger, lebendiger Bursche geschildert, dessen Vater allerdings mit 36 Jahren auch schon einem Herzschlag erlegen war. Weiter wird von den Lehrern darauf hingewiesen, daß in dieser Berufsschule, in der Friseur-, Schneider- und Kürschnerunterricht werden, der Turnunterricht oftmals nur mit Schwierigkeiten durchzuführen ist. Schneider- und Friseurlehrlinge sind nicht gerade von dem kräftigsten Körperbau und so kommt es, daß zum Beispiel Laufübungen fast nicht durchzuführen sind, weil ein Teil der Schüler erkrankt, dies nicht auszuhalten. Nebenbei werden viele Lehrlinge in ihrer Abneigung gegen den Turnunterricht von ihren Lehrern unterstützt, die betonen, zum Frisieren oder Schneidern brauche man nicht turnen zu können. Die Friseur- und Schneider müssen eine leichte Hand haben. Die Turnlehrer haben also einen schweren Stand, ihr vorgeschriebenes Pensum durchzuführen. Es scheint aber auch uns abwegig zu sein, von schwächlichen Schneider- und Friseurlehrlingen dieselben turnerischen Leistungen verlangen zu wollen wie von kräftigen Schmieds- oder Maurerlehrlingen. Hinzukommt, daß die politischen Ereignisse an den im Berufsleben stehenden jungen Menschen durchaus nicht spurlos vorübergehen. „Schülerzeitungen“ der radikalen Parteien sorgen weiter für eine erhebliche Erregung der im Pubertätsalter stehenden Lehrlinge, wodurch sich die Disziplin lockert. So mußte der Direktor der Schule an einem Tage nicht weniger als dreimal das Heberfallkommando alarmieren (!), weil die Schüler auffällig wurden. Sie hatten während der Pause das Schulgebäude verlassen und hielten sich, teils rauchend, auf der Straße auf. Als sie aufgefordert wurden, wieder in die Schule zu kommen, hielten sie sich aus einem kommunistischen Parteilokal Verstärkung, brangen zusammen mit den Erwachsenen in die Schule ein und begannen die Bücher aus den Fenstern zu werfen. Ein andermal wollten ausgepöbelte Schüler die Mädchen, die abends als Friseurmodelle in die Schule kommen, verprügeln, so daß sich die Modelle weigerten, in der

„Alli“ und die anderen.

Zwischenbilanz zum Wessel-Prozess.

Mit der Vernehmung des Hauptangeklagten Albrecht (Alli) Höhler hat der Wessel-Prozess seinen Höhepunkt überschritten. Gleichzeitig steht die Tat in ihren Grundzügen fest. Von der im Karl-Liebknecht-Haus ausgebrüteten Enke mit dem „Eiferjuchtsdrama“ zweier Zuhälter“ spricht kein Mensch mehr. Das heißt, über ihre Beziehungen zu Horst Wessel wird sich Fräulein Erna Jaenide erst noch äußern müssen.

Aber Alli Höhler? Wenn er wirklich der „Anmertreuer“ Mann wäre und er hätte mit Horst Wessel etwas auszumachen gehabt, brauchte er dazu etwa zwei Vereiskosten der Sturmabteilung Mitte des verbotenen Roten Frontkämpfer-Bundes in Bewegung setzen? Er hätte es allein oder in Gesellschaft seines Freundes Erwin Rückert auch zuwege gebracht. Ins Rollen kam der Stein vielmehr durch den verhängnisvollen Weg der Frau Salm zu dem Kommunistenlokal von Baer. Man nahm hier nur nicht an, daß die „professorische Verbreitung“, die man dem Wessel zugebacht hatte, mit einem Verfahren wegen Totschlags vor dem Roabiter Schwurgericht enden würde. Sicher weiß der Angeklagte Josef Kandulski heute noch nicht, wie er zu der ganzen Sache kam, ebensowenig Frau Schmidt und ihre jugendliche Tochter.

Die Angeklagten sind nicht unsere Freunde. Was sie im Gerichtssaal, allen voran Herr Kupferstein, an Schmutz über den „Vorwärts“ ausgeleihen konnten, haben sie getan. Wir nehmen es leicht. Trotzdem bleibt das eine: Höhler wie

Rückert — der letztere hat seit seiner Schulenkassung mehr Fürsorge, Gefängnis und Zuchthaus gesehen als Freiheit — stehen zur kommunistischen Partei, deren Funktionäre sie waren, obwohl sie die kommunistische Presse als Strolche abschütteln wollten. Obwohl Höhler und Rückert zusehen mußten, wie der Rote-Hilfe-Schmidt, zu dem sie geflüchtet waren, frühmorgens um 4 Uhr betrunken nach Hause kam, ohne sich um die beiden zu kümmern. Sie stehen zu ihrer Partei, trotzdem man Höhler in Prag besteln ließ, oder ihn gar bestelligen wollte! Trotzdem man zu Rückert sagte, als er die Apparatschiks flehentlich um Hilfe bat: „Ich weiß gar nicht, was Sie wollen, Sie können doch ruhig in Ihre Wohnung gehen!“

Bleibt der Herr Kupferstein, der politische Kanonier der KPD im Wessel-Prozess, zur Zeit der Tat Führer des Sturmtrupps Mitte. „Plötzlich erfährt ihn, — seiner theoretischen Bildung nach ist er sehr schwach, in kleiner Ambition aber etwas stark —, der Schwindel. Er will sich auf Kosten der Kommunisten als der große Mann gerieren. Er will nicht nur platterdings freikommen, sondern auch die Vorarbeiten des Prozesses persönlich ausbeuten.“ Diese Worte wurden 1882 geschrieben, kurz nach dem Kölner Kommunistenprozess, geschrieben hat sie Karl Marx an Weydemeyer, gemünzt waren sie auf den „roten Becker“, und auf Herrn Kupferstein passen sie vortrefflich. Das ist eben der typische Fehler, in dem sich Herr Kupferstein befindet: er verwechselt die Mulatstrolche mit dem um seine Befreiung ringenden Proletariat.

Heute beginnen die Zeugenvernehmungen.

Zeppelin in Berlin.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das am Dienstag nachmittag in Friedrichshafen zu einer zweitägigen Ostsee-Fahrt aufgestiegen war, erschien Dienstagabend um 10½ Uhr über Berlin und landete glatt auf den Flugplatz Staaken. Nach 11 Uhr erfolgte der Weiterflug in östlicher Richtung.

Feuer im russischen Kino.

Moskau, 23. September.

In dem unweit Minsk gelegenen Dorf Chitino brach im Kinotheater während einer Schülervorstellung ein Brand aus. 27 Personen wurden schwer verletzt, 45 erlitten leichtere Verletzungen.

Selbstmord einer ganzen Familie. In Köln hat ein Kaufmann seine Frau, seine 14jährige Tochter und sich selbst durch Gas vergiftet. Schwere geschäftliche Nöte sollen die Ursache der Tragödie gewesen sein.

Sprechchor für proletarische Feiertage Donnerstag, den 25. September, 19½ Uhr, Übungsstunde im Gesangsraum der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 16—17.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 46, Lindenstraße 2, L. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Die Kreisbildungsoblenke werden gebeten, die Pläne für die Arbeiterbildungsschule vom Büro abzuholen.

1. Kreis Mitte. Donnerstag, 25. September, 19½ Uhr. Sitzung des engeren Vorstandes mit den Abteilungsleitern bei Polchow, Weinmeisterstraße 11.

2. Kreis Tiergarten. Mittwoch, 24. September, 18 Uhr. Bezirksversammlung des Bezirksvereins Tiergarten in der Wale des Friedrich-Werder-Gemeinschafts, Buchener Straße 8a. Wichtige Tagesordnung. Alle Genossen und Genossinnen werden ersucht, die Versammlung zu besuchen. Versammlung im Rahmen der 25. September, 19½ Uhr. Kreismitgliedsversammlung in den Arminiusgärten, Bremer Straße 72. Referent Otto Meier, R. v. 2.1. „Die Reichstagswahl und die Sozialdemokratie“.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Kreis Schulgemeinschaft: Donnerstag, 25. September, 19½ Uhr. Schule Danziger Straße 15. Mitgliederversammlung. Vortrag des Kreisgenossen Otto Meier, Dr. Abramowitsch über „Kultur und Politik“. Auswahlsache: Schulangelegenheiten. Das Erscheinen aller Mitglieder ist sehr dringend. — Der Vorstand.

12. Kreis Prenzlauer Berg. Freitag, 26. September, 19 Uhr. Kreisversammlung im großen Sitzungssaal des Rathauses Prenzlauer. Pünktlich 19 Uhr Kreisabteilungsversammlung mit der Funktion im gleichen Raum. Nicht 19 Uhr Tagesordnung. Erscheinen dringend notwendig.

heute, Mittwoch, 24. September.

8. Abt. 19½ Uhr im Nationaltheater, Altonaer Straße 17. Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die politische Lage nach der Wahl“. Referent wird in der Versammlung bekanntgegeben.

78. Abt. Schöneberg. Die Bezirksleiter werden gebeten, Sammelblättern umgehend beim Genossen Franke abzugeben.

83. Abt. Wilmersdorf. 19 Uhr Mitgliederversammlung in den Lichterfelder Festhallen, Adlonerstraße 4. Vortrag: „Die politische Lage nach der Wahl“. Referent: Georg Müller.

118. Abt. Hiltensberg. 19½ Uhr Gruppenabend im Lokal Landobertstr. 11.

Morgen, Donnerstag, 25. September.

21. Abt. 19½ Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Schönflieherstraße 1. Vortrag: „Reichstagswahl und Sozialdemokratie“. Referent: Karl Kitz, R. v. 2.1.

27. Abt. Kreuzberg. Kreisabend trifft sich 19½ Uhr bei Brüder, Emser Straße. Kreisabend-Referent. 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Weiser, Bahnhofstraße. Referent: Genosse Otto Meier: „Was ist uns die Reichstagswahl?“

Frauenveranstaltungen.

5. Kreis Friedrichshagen. Donnerstag, 25. September, 18 Uhr. bei Denckel, Bismarckstraße 18. Funktionärinnenabende.

107. Abt. Wilmersdorf-Wilmersdorf. Freitag, 26. September, 18 Uhr. im Kaufhaus an die Kreisfunktionärinnenabende des 15. Bezirks. Im Geschäftshaus Frauenabend. „Die Situation nach den Wahlen“. Referent: Stabsarzt Dr. Wilma Todenbaum.

128.130. Abt. Prenzlauer Berg. Alle Genossinnen beteiligen sich am Donnerstag, 25. September, an dem Ausflug nach Buch mit Genossinnen der 24. Abteilung, die uns zu diesem Ausflug eingeladen haben. Treffpunkt 19½ Uhr Bahnhof Prenzlauer-Schönhausen.

Bezirksausflug für Arbeiterwohlfahrt.

20. Kreis Reinickendorf. Beginn des Schulungsaufstufes Freitag, 25. September, pünktlich 10 Uhr, im Rathaus, Reinickendorf-Ort, Baumstraße 46, Zimmer 60. Thema: „Das geltende Arbeitsrecht“. Alle in der Wohlfahrtsarbeit stehenden (Beizelinnen) müssen daran teilnehmen.

Jungsozialistische Vereinigung Groß-Berlin.

Es haben einige Gruppen noch nicht ihre Gruppenprogramme für Oktober und November eingeleitet. Sie werden gebeten, diese umgehend heranzubereiten und an die Adresse des Genossen Kurt Jungs (Jungs, Berlin-Schöneberg, Reichener Straße 3, zu schicken).

Gruppe Kreuzberg. Heute, Mittwoch, 24. September, 19 Uhr. Jugendabend im Treffpunkt Str. 55-56. Referent: Genosse Dornisch über „Die Wahlen und was nun?“

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Prenzlauer Berg. Gruppe Kolln. Eltern! Die für heute, Mittwoch, anberaumte Elternversammlung kann wegen besonderer Schicksalstrafen nicht stattfinden. Ein anderer Termin wird noch bekanntgegeben. — Ausschuss: Die Wache für Prenzlauer Berg hat die Gruppe Prenzlauer, Donnerstag, 25. September, 19 Uhr. im Treffpunkt. Referent: Otto Meier, Dr. Abramowitsch über „Kultur und Politik“.

Gruppe Kreuzberg. Heute, Mittwoch, 24. September, 19 Uhr. Jugendabend im Treffpunkt Str. 55-56. Referent: Genosse Dornisch über „Die Wahlen und was nun?“

Gruppe Prenzlauer Berg. Heute, Mittwoch, 24. September, 19 Uhr. Jugendabend im Treffpunkt Str. 55-56. Referent: Genosse Dornisch über „Die Wahlen und was nun?“

Gruppe Prenzlauer Berg. Heute, Mittwoch, 24. September, 19 Uhr. Jugendabend im Treffpunkt Str. 55-56. Referent: Genosse Dornisch über „Die Wahlen und was nun?“

Gruppe Prenzlauer Berg. Heute, Mittwoch, 24. September, 19 Uhr. Jugendabend im Treffpunkt Str. 55-56. Referent: Genosse Dornisch über „Die Wahlen und was nun?“

Gruppe Prenzlauer Berg. Heute, Mittwoch, 24. September, 19 Uhr. Jugendabend im Treffpunkt Str. 55-56. Referent: Genosse Dornisch über „Die Wahlen und was nun?“

Schule zu bleiben. Unter diesen Umständen erklärt die Lehrerschaft, auf gelegentliche, auch schärfere Strafen nicht verzichten zu können. Das Hauptübel sind die maßlos hegenden „Schülerzeitungen“ der radikalen Parteien. Es ist sofort an der gelockerten Disziplin der Schüler zu beobachten, wann wieder eine Auflage dieser Heftblätter verteilt wurde.

Wir werden noch gebeten, darauf hinzuweisen, daß bei dem Turnlehrer Althaus der Todesfall nicht vorgekommen ist, sondern bei einem anderen Lehrer. Herr Althaus hatte zu der betreffenden Stunde gar keinen Dienst. Wir bedauern, in seinem Fall falsch informiert worden zu sein.

Das Schulgebäude selbst befindet sich leider, wie wir schon berichteten, in einem außerordentlich schlechten Zustand. Es ist zu hoffen, daß die Schule demnächst in ein würdiges Gebäude übersiedelt.

Zigeuner üben Lynchjustiz.

Verbrennen eines Hirtenknaben auf Scheiterhaufen.

Madrid, 23. September.

In der spanischen Provinz Almeria überfielen zwei Zigeuner einen vierzehnjährigen Hirten, fesselten ihn und warfen ihn auf einen schnell errichteten Scheiterhaufen. Der Knabe verbrannte lebendigem Leibe. Der Grund zu dieser abscheulichen Tat hat darin bestanden, daß der Hirtenknabe die Zigeuner beim Vogelfangen gestört hat.

Abschied von Robert Wengels.

Das, was an Robert Wengels vergänglich ist, wurde gestern, an dem Tage, an dem unser aller Kampfgenosse 79 Jahre alt geworden wäre, auf dem Zentralriedhof von Friedrichsfelde beigesetzt. Die Asche des toten Streikers ruht in der Reihe jener historischen Gräber, die uns die Namen seiner Freunde, unserer großen Vorkämpfer, Paul Singer, Wilhelm Liebknecht, Ignaz Kuer, die Namen von Rottensuhf, Luise Zieg, Paul Haase und Fritz Jubeil zeigen.

Die rote Fahne der Sozialdemokratie schwarzbehängt, rote Nelken, rote Rosen in der Hand, gingen die Verwandten, die Freunde des Toten hinter der Urne, alle Parteiobersten zumeist, die um so härter die Wirkung der schönen Abschiedsworte spürten, die Genosse Otto Büchner sprach. Hatten doch diese Frauen und Männer selbst noch die schwere Zeit des Kampfes miterlebt, da unter dem Sozialistengesetz Robert Wengels der Vertrauensmann der Berliner Genossen war! „Damals war es schwer“, sagte Genosse Büchner, „sich zur Sozialdemokratie zu bekennen. Noch schwerer aber war es, ein Werber für die Sozialdemokratie in den Zeiten der Verfolgung zu sein. Ein warmes, schlagendes, mitfühlendes, die Rote der anderen voll erfassendes Herz schlug unserm Robert Wengels unter einer rauhen Schale. Das war das Schöne an ihm, daß er sein Leben lang nur eins kannte, nur eins sich zum Ziel gesetzt hatte: Den Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse. Sehr ruhen seine Reste neben seinen Freunden! Die deutsche und vornehmlich aber die Berliner Sozialdemokratie wird unsern Robert Wengels nie vergessen.“

Für die Jüngeren, die der Urne folgten, war die schlichte Feier ein Erlebnis, eine Stunde der Besinnung und des Gedächtnisses. Die Generation von heute und die Generation von morgen werden das Erbe derer, die in Friedrichsfelde schlummern, wahren, schützen und ausbauen!

Begrüßung begräbt Arbeiter. Bei Chambon (Ostfrankreich) wurde eine Arbeiterkolonie von einem Bergbruch überzogen und unter den Felsmassen begraben. Keiner von den Verunglückten konnte sich retten. Bisher gelang es, einen Toten und drei Schwerververletzte zu bergen.

Funkwinkel.

„Tänze für die ältere Jugend“ brachte das Abendprogramm. Die Jugend von heute kann zwar mit dieser Tanzmusik nicht mehr recht etwas anfangen, aber es dürfte genug Zuhörer geben, die daran ehrliche Freude fanden und die vielleicht vergnügt ein halbvergessenes Tänzen wieder probierten. Also war das Abendprogramm für diesen Teil der Hörschicht gut und deshalb auch berechtigt, zumal die Kapelle Kernbach flott spielte und Karl Schöner außerordentlich amüsant kontertierte. Alexander Flehburgs Refraingefang wurde als Rosinen über diesen musikalischen Hausmachertönen gestreut. — Der Ozeanflieger von Gronau erzählte im Programm der aktuellen Abteilung sehr anschaulich von seinem Flug. Man ahnte die überwältigende Fülle von Eindrücken, die die nördliche Landschaft und das Meer, der Blick auf Küstentrecken und schwimmende Eisberge und das dämmernde Dabingelichten im Nebel den Fliegern gaben. Tes.

Preisliste: Heute, Mittwoch, rote-Tafel-Festversammlung des Bezirks um 17 1/2 Uhr im Heim Baisersbr. 18. — Gruppe Vorpommern: Elternversammlung heute von 18-20 Uhr im Heim Elisabethenstr. 19. Besprechung der Bezirksleitung. **Vereinsabend:** Alle Helfer kommen am Donnerstag, 20. Uhr, zur freien Schulung im Heim, Danziger Str. 23 (Wald). Vortrag: „Kultur und Klasse“ von Adamowicz. — Gruppe Mittel-Elbe: Morgen Samstag von 18-20 Uhr Tanzabend im Heim, Danziger Str. 23.

Geburtslage, Jubiläen usw.

Das Ehepaar **Dowalisch**, Wilhelm-Str. 6, feiert am heutigen Tage das Fest der goldenen Hochzeit. Beide haben seit Beginn des „Kaiserreichs“ zusammen und heute noch tüchtige Parteigenossen. Wir wünschen ihnen alles Gute.

54. Wkt. Charlottenburg. Unserem allen Kämpfer und treuen Genossen **Ernst**, Helmholzstr. 12, zu seinem heutigen 60. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

21. Wkt. Unser Genosse **Hans Biermann**, Gerichtstr. 40, ist am 20. September im Alter von 33 Jahren verstorben. Ihm seinem Andenken die Gänzlichereue heute am Donnerstag, 21. September, 19% Uhr, im Krematorium Gerichtstr. 40. Um rege Beteiligung wird gebeten.

196. Wkt. Johannisthal. Unser Genosse **Paula**, Heinrich-Wirchow-Str. 1, ist am 19. September verstorben. Ihm seinem Andenken Gänzlichereue Mittwoch, 24. September, 16% Uhr, im Krematorium Baumgartenweg. Wir bitten um rege Beteiligung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für viele Adressen nur an das Jugendsekretariat, Berlin S 31, Lindenstraße 3

„Kultur“-Fahrt nach Berlin am Sonntag, 4. Oktober, 19 Uhr, ab Spandau. Teilnehmergebühr 3 M. (inkl. zweimal Kaffee, Mitbringsel und Übernachtung). Teilnehmerlisten sind noch erhältlich.

Einzelkarten für die Jugendvorstellung in der Volksbühne am 5. Oktober zu 50 Pf. sind noch im Sekretariat erhältlich. Gespielt wird „Die Weber“, von Gerhart Hauptmann.

Streikbesucher Groß-Berlin: Heute letzte Probe für die Jugendweiche um 19% Uhr im Jugendheim See-Edle-Luxur-Str. 6.

Heute, Mittwoch, 19% Uhr.

Gesundbrunnen II: Heim Christianstr. 38: Sozialismus, Kommunismus und Sozialismus. — **Radweg:** Heim Koching-Edle-Grünstr. 1: Rundfunk der Arbeiterjugend. — **Wedding:** Heim Luriner-Edle-See-Str. 1: Tagespolitik. — **Rechnungshausen:** Schule Eingehäuser Str. 30: Die Entwicklung der städtischen Betriebe und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse. — **Frankfurter Viertel:** Heim Frankfurter Viertel 207: Die Ergebnisse der Reichstagswahl. — **Veteranen-Viertel:** Heim Chertstr. 12: Geschichte und Mängel in der Gemeinschaft. — **Reichenberger Viertel:** Heim Priester Str. 27-30: Die Nachwirkungen der Krise. — **Lindenhof:** Jugendheim in der Siedlung: Sexuelle Fragen. — **Charlottenburg-Nord:** Heim Köpenicker Str. 4: Funktionäre. — **Charlottenburg-Nord:** Heim Dübener Str. 1: Tagespolitik. — **Wannsee:** Schule Charlottenstr. 1: Die Wahl. — **Wilmersdorf:** Heim Rosenstr. 1: Vorträge. — **Tempelhofer Feld:** Heim 100: Der neue Reichstag. — **Wilmersdorf:** Arbeitsgemeinschaft mit Anna Barock, 20 Uhr, im „Lufteisen“. — **Köpenicker Viertel:** Heim auf dem Gutshof: Arbeiterjugend und Kultur. — **Friedrichshagen:** Heim Friedr. 17: Warum Gewerkschaften? — **Friedrichshagen:** Heim Guntterstr. 44: Einführung in die Wirtschaft. — **Kaulsdorf:** Schule Wollstr. 35: Vorkämpfer des Sozialismus. — **Lichtenberg-Mitte:** Heim Schwanenberger Str. 20: Der „Kaiser“-Sozialismus. — **Lichtenberg-Nord:** Heim Hausstr. (Erdbeeren): K 11 und K 12. — **Lichtenberg-Nord:** Heim Guntterstr. 44: „Kultur“ und „Theorie“. — **Lichtenberg-Nord:** Heim Hausstr. 1: Mitgliederversammlung. — **Mahlsdorf:** Heim der Siedlung Melandionstr. 1: Heinrich Müller (Vielbildner). — **Lichtenberg-Nord:** Heim Wollstr. 9: Der Jugendliche im Sozialismus.

Bezirksrat Kreuzberg (Landschaftliche Siedlung): Besprechung der Danzigerfabrik. Treffpunkt 19% Uhr Danziger-Edle-Grünstr. 1. Genossen, die mitfahren wollen, können sich noch melden. Umfassen 14.30 Uhr. — **Die rote Karte** ist im Heim Sonnenburger Str. 20. — **Die Wanderteller** müssen bis spätestens Freitag die Zahl der Genossen für die Trefffahrt nach Pieschitz beim Genossen Krummnow, Steinstr. 61, melden. — **Freitag, 20. Uhr, B.B.-Vorlesungsabende.**

Bezirksrat Kreuzberg: Neben des Sprechers im großen Saal beim Rammert-Str. zur Jubiläumsfeier der 92. Wkt. Alle Genossen müssen erscheinen. Abrechnungen aller Art sind in der Zeit zwischen 18 und 19 Uhr im Vertikbüro vorzunehmen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

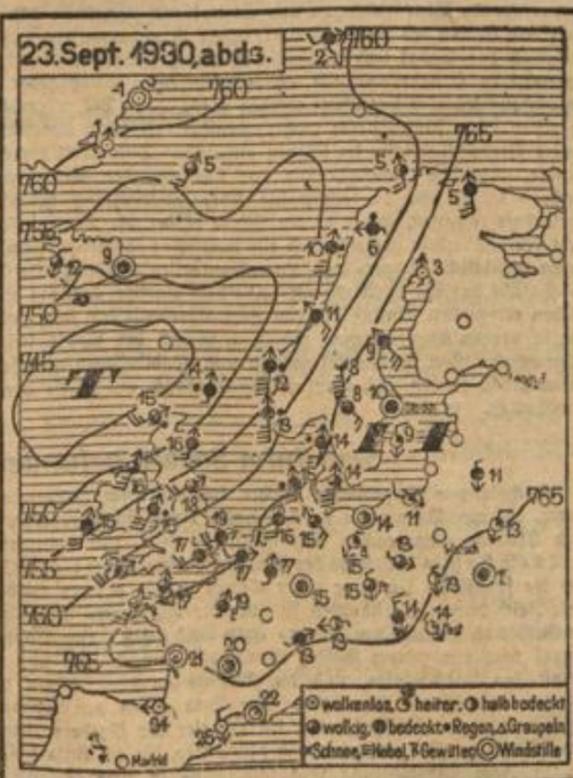
Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Seckelstr. 17-18, Hof 2. **Tempelhofer Kameradschaft Wartenberg:** Mittwoch, 24. September, 20 Uhr, Kameradschaftsversammlung bei Ra-Edl. Chausseestrasse. — **Wilmersdorf (Ostseite):** Donnerstag, 25. September, 20 Uhr, Kameradschaftsabend bei Raula, Bauarbeiter Str. 2. — **Tempelhofer Kameradschaft Lichtenberg:** Freitag, 26. September, 20 Uhr, Sitzung bei Rohmann. — **Berensdorf (Kameradschaft):** Freitag, 26. September, 20 Uhr, Vorkampfung bei Dreier, Berlin-Edle-Grünstr. — **Wedding:** Donnerstag, 25. September, erweiterte Vorstandssitzung bei Hecker, See-Edle-Grünstr. — **Vereinsabend:** Jugendbühne und Sportler: Mittwoch, 24. September, 20 Uhr, Übungsabend in der Turmhalle Greifswalder Str. 6.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Berlin.

Geschäftsstelle: R. 24, Gr. Hamburger Str. 20. Tel.: D 1 Korden 2340. Am Dienstag, 20. September, Jugendversammlung in der Geschäftsstelle, Beginn 20 Uhr.

Allgemeine Wetterlage.



Über Mitteleuropa hat sich jetzt ein Hochdruckgebiet eingestellt, das sich von Spanien bis nach Nordwestrußland erstreckt. In der östlichen Hälfte Deutschlands ist das Wetter bedeutend besser geworden. Bislang herrscht am Dienstag abend hier heiterer Himmel. Die Temperaturen konnten infolge dessen bis auf 19 Grad steigen. Im Westen war es vielfach trübe. Die starke Bewölkung wurde von warmen Luftmassen hervorgerufen, die am Dienstag bereits das Wetter in Westeuropa beherrschten. In den nächsten Tagen dürften bei uns südliche Winde Erwärmung bringen.

Wetterausichten für Berlin: Noch zeitweise heiter, am Tage weitere Erwärmung. — **Für Deutschland:** In Ostdeutschland vielfach heiter, am Tage wärmer, im übrigen Reich wolfig, Strichweise Regen, ansteigende Temperatur.

Die Grundlage für das ausgeglichene, milde Aroma unserer Cigaretten ist die Sicherstellung der stets gleichbleibenden Mischungen. Viele Tausende von sorgfältig ausgewählten Tabakballen werden auf dem Seewege unseren Spezial-Speichern zugeführt, dort reifen sie dann jahrelang unter sachverständiger Behandlung heran zum köstlichen Genuss in den Kurmark-Cigaretten, ständig macedonisch.



„Wenn der Hans nicht wäre!“

Hans ist neun Jahre alt. Aber so klein und schwächlich wie ein Sechsjähriger. Aus seinem blassen Gesichtlein schauen die Augen fragend-ernst in die Welt. Wenn er der Mutter beim Abwaschen helfen will, muß er erst auf eine Fußbank steigen, und das geht langsam. Da kommt sie dann vor, daß Mutter sagt: „Ach, laß nur, ich mach es schon alleine, das geht schneller.“

Dann fliegt ein Schatten über Hansens Gesicht — er kommt sich überflüssig vor.

Und dabei hat Mutter es so nötig, daß ihr geholfen wird. Denn Mutter ist krank. Immer hustet sie. Besonders nachts. Dann wacht Hans auf. „Soll ich dir Wasser holen?“ fragt er mit seinem dünnen Stimmchen. „Danke, mein Junge; ach nein, das hilft ja doch nichts.“ „Mutter,“ fragt Hans nach einer Weile, „was hilft denn?“ Die Mutter stöhnt: „Mir hilft nichts mehr — laß nur.“ Sie sagt es mit einer so trostlosen Stimme, daß Hans weinen muß. Aber er will nicht weinen, sonst wird Mutter noch trauriger. Er steckt seinen Kopf tief ins Kissen und preßt die Lippen fest aufeinander. Und ein Schluchzen geht durch seinen Körper.

„Still, Kind,“ mahnt die Mutter, „wir werden den Vater auf. Und Vater muß früh auf Arbeit, du weißt ja.“

Hans schluckt und schluckt. Und nun ist er ganz still. Mutter denkt, Hans schläft.

Nein, Hans schläft nicht. Er liegt mit offenen Augen da und denkt angestrengt nach. Wie war das doch neulich? Da hat Mutter zu Vater gesagt: „Ja, wenn der Hans nicht wär! Der Lohn langt nicht hin und nicht her. Ein Paar neue Schuhe muß er auch haben. Und fünf Jahre dauerts noch, bis er selbst verdient!“ Hans wollte gerade zur Stube hineintreten, und so hat er die Worte gehört. Und da hat er die Türklinte wieder fahren lassen und ist auf die Straße gegangen und hat sich an ein Ladenfenster gestellt und getan, als sähe er sich die Auslage an. Und hat doch immer nur denken müssen: „Ja, wenn der Hans nicht wär!“

So liegt er auch jetzt und grübelt: Wenn ich nicht mehr da wär, brauchte die Mutter sich nicht so viel zu sorgen, und sie könnte Milch trinken und Butter essen, wie der Arzt gesagt hat. Er rechnet aus: Für ein Paar Jungenschuhe kriegt man 15, nein, 20 Liter Milch oder 4 Pfund Butter . . . Und wie er mitten im Rechnen ist schläft er ein . . .

Am anderen Tag hat Hans seine Not vergessen. Denn in der Nacht ist Schnee gefallen. Als Hans aus dem kleinen Stubenfenster in den sonst grauen Hof blickt, sieht er große weiße Flecken schwer zur Erde sinken. „Junge!“ ruft er in erwachender Kinderfreude, „heut kriegen wir Spaß, heut machen wir 'nen Schneemann!“

Er sieht nicht, daß die Mutter noch bekümmert ist als sonst.

Nach der Schule kommt Hans nach Haus gestürmt. Und dann geht's ohne Schultzangen in den Hof, wo der Nachbarsknabe schon auf ihn wartet. Und nun pressen sie den Schnee zusammen und rollen ihn zu einer Kugel, die immer größer wird . . . Und in die schmalen, bloßen Kindergesichter dringt eine feine Rote.

Nachmittags muß Hans wieder zur Schule. Immer noch fallen die Schneeflocken. Es sieht aus, als komme der graue Himmel auf die Erde herunter und wolle sie erdrücken. Einen Augenblick sieht Hans eine Last auf seinen Schultern. Er atmet schwer. Dann ist's vorbei. Und als der Lehrer in der letzten Stunde Märchen erzählt — denn zum Schreiben ist es zu dunkel —, da ist Hans glücklich und meint, bei Frau Holle im Himmel zu sein und er ist es, der die Federbetten schüttelt, daß die Flecken auf der Erde tanzen. Seine Augen glänzen, denn jetzt wird die fleißige Goldmarie unter das Tor geführt, und ein goldener Regen fällt auf sie herab. „Und nun ist sie reich, und alle Rot hat ein Ende!“

Wie Rot hat ein Ende? Hans fährt zusammen — er spürt, wie die Wirklichkeit herangetroffen kommt, eine graue Wand schiebt sich vor, angstvoll weiten sich seine Augen . . .

Zu Hause steht die Mutter am Waschbott und müht sich ab, und große Schweißtropfen glänzen auf ihrer Stirn.

„Ihr müht nun fleißig ein,“ hat der Lehrer gesagt, „wer fleißig ist, kommt auch im Leben vorwärts.“ Hans schüttelt den Kopf — warum kommen denn seine Eltern niemals vorwärts?

Der Vater ist schon da, sie haben um drei Uhr am Bau aufgehört müssen. „Wenn's Wetter so fortmacht, gib's morgen gar keine Arbeit mehr!“ Der Vater sogt's bitter. Und die Mutter ist ganz verstört. Hans fühlt etwas Dunkles, Unheimliches, das legt sich auf Brust und Stirn und ist wie ein eisernes Band, das nimmer weggeht.

In der Nacht wird Hans wach. Da steht er leise auf und schleicht zum Fenster und sieht mit Entsetzen, daß noch immer die Schneeflocken schwer und dicht zur Erde sinken. Und dann liegt er wach im Bett und denkt an den morgigen Tag und steht den Neubau vor sich, an dem der Vater arbeitet, und auf den Ziegelsteinen und auf dem Mörtel liegt der Schnee, und er will ihn mit seinen Händen wegtragen — aber je mehr er sich müht, desto dichter fällt der Schnee, bis er selbst von ihm zugedeckt wird, daß er meint, ersticken zu müssen — da wacht er auf und merkt, daß er alles geträumt hat.

Doch daß der Schnee immer weiter vom Himmel fällt, das hat Hans nicht geträumt. Die Erde ist weiß. Weiß liegt's auf den Dächern und auf jedem Fenstersims, und die Schornsteine tragen weiße Kappen. Und was sonst des Jungen Seligkeit war, ist nun sein Herzleid.

Der Vater ist schon fort. Aber zu Mittag sieht er am Tisch und blickt vor sich hin. Und die Mutter weint leise.

Und so ist es nun Tag für Tag. Der Schnee liegt fest. Die Schützen fahren mit Schellengeläute durch die Straßen, daß es hell und lustig klingt. Hans hat keine Freude dran. Ihn ist so bang. Und er hat doch nichts Schönes getan. Und Vater und Mutter sind freundlich zu ihm. So in ihrer Art. Ohne viele Worte. Und ohne Streifeln. Nur: das Leben ist so hart! Hans sieht es wohl: alle paar Tage verschwindet ein Stück der Einrichtung, und dann hat Mutter etwas Geld in der Hand und geht einkaufen. Aber Hans tut, als sähe er nichts. Nur einmal, als er nach Hause kommt und sein Fischglas mit den zwei Goldfischen nicht mehr findet, geht er still beiseite und weint in sich hinein.

Täglich geht der Vater zum Arbeitsnachweis. Er stellt sich an die Fenster der Zeitungsdruckereien und will der erste sein, der die freie Stelle liest. Doch da sind hunderte von Menschen, die ebenso gedacht und gemollt haben wie er. Und ein Drängen beginnt und ein Stoßen, und dann geht es im Trab durch die Straßen zum Kohlenplatz und zum Kantor, und überall heißt es: Stelle besetzt! Hans fühlt, wie demütigend das sein muß. Daß ein Mensch arbeiten will und doch nicht kann! Und daß viele Menschen Geld haben und doch nicht arbeiten! Nein, das kann Hans nicht begreifen. Nur zu Hause — da sind seine Augen hellleuchtend geworden: er sieht, es geht immer mehr bergab. Die Mutter wird tränkter. Der Husten kommt tiefer aus der Brust und klingt hohl. Wenn sie nur Milch haben könnte, dann würde es wohl besser werden, denkt Hans. Aber die Arbeitslosenunterstützung reicht nur zu Brot und Kartoffeln — Hans hat es mit vieler Mühe ausge-

rechnet. Auch die Miete ist man im letzten Monat schuldig geblieben. Der Hauswirt droht mit Heraussetzung. „Nur das nicht!“ hat die Mutter gefeuert.

Sonst hat es sich Hans mittags gut schmecken lassen. Eines Tages aber bemerkt er, wie ängstlich Mutter die Kartoffelschüssel auf den Tisch setzt. Er zählt rasch: acht Kartoffeln sind darin, und vier davon ist Vater. Da nimmt er nur eine, und als die Mutter ihn ansieht, sagt er so ganz obenhin: „Danke, Mutter, ich hab' heut' keinen Hunger.“ Einen Augenblick stuht Mutter und blickt forschend zu ihrem Jungen hinüber. Aber da kommt ihr in den Sinn, daß morgen letzter Auslösetag für die Kammerode im Pfandhaus ist. Und es ist kein Geld da! Und Hansens Schuhe sind jetzt ganz hin, der arme Junge kommt täglich mit nassen Füßen nach Hause. Und die Bogen des Hammers und der Sorgen schlagen über der Mutter zusammen.

Es kommt nun öfters vor, daß Hans „keinen Hunger hat“. Der Vater geht darüber hinweg: „Ach, das gibt sich schon wieder!“ Und dann will er — wie in vergangenen besseren Zeiten — einen Biß machen, nur daß er ihn, nach seiner schweren Art und mit den vielen Sorgen im Gemüt, ganz ernst herausbringt: „Ja, Mutter, nicht wahr, der Hans ist uns noch die Haare vom Kopf! Wenn der nicht

wär, dann könnten wir jeden Tag Braten und Kuchen essen.“ Und Mutter, die den Vater versteht, nickt dazu und möchte lächeln und lann's doch nicht.

Da hat Hans ganz still geessen, und danach ist er aufgestanden und zur Tür hinausgegangen — so als wolle er zur Schule gehen — und hat nicht rechts geschaut und nicht links. Und von seinem Kopf ist auf einmal das eiserne Band weggegangen, und jetzt weiß er klar, daß da nur ein Weg ist, den er zu gehen hat. Und ihn wird er gehen! Und das Wort, das ihn in dieser Zeit nie verlassen hat, nun spricht er es deutlich vor sich hin: „Ja, wenn der Hans nicht wär!“ und er weiß: wenn ich nicht mehr bin, dann wird es besser zu Haus!

So geht Hans, der Neunjährige, seinen Weg. Und die Menschen, die an ihm vorbeilen, die sehen den schwächtigen, stillen Jungen, der nie ein Wesens von sich gemacht hat, nicht an, und so schauen sie auch nicht den festen Mund und die wissenden, zielstrebigen Augen . . . Und sie fühlen nicht, daß hier in einer Kindesseele etwas ganz Großes vor sich geht . . .

Aber als man ihn, der nun noch stiller geworden ist, aus dem Wasser zieht, da machen sie viel Gerede um ihn. Und sie wissen ganz sicher, daß er aus dem Leben gegangen ist, weil er das Hungern nicht mehr hat ertragen können. Vater und Mutter sind stumm. Ihre Worte, die sie gesagt, und die so entscheidend gewesen sind, haben sie lange vergessen. Und so wissen sie auch nicht, daß der Tod ihres Kindes ein Opfertod gewesen ist.

Sie fühlen nur den Jammer ihres Lebens — und der ist unermeßlich.

Otto Müller-Main: Angewandte Psychologie

Es gibt zwei voneinander verschiedene Verfahren, die Ergebnisse der modernen Psychologie praktisch auszuwerten. Sie sind ihrem Wesen nach dafür geeignet, einander zu ergänzen. Man kann sie — schlagwortartig — Charakterquerschnitt und Charakterlängsschnitt nennen.

Auf die Ermittlung des Charakterquerschnitts laufen im wesentlichen jene Methoden hinaus, die in der Psychotechnik angewandt werden. Ihre Entwicklung wurde entscheidend gefördert durch die Aufgaben, die der industrielle Betriebsleiter dem Psychologen stellt: Mit einfachen, leicht zu handhabenden Untersuchungen (Test, Experimenten) soll geprüft werden, welche Fähigkeiten und Reigungen der Bewerber um eine Stellung heute hat, oder ob Umgruppierungen innerhalb einer vorhandenen Belegschaft ratsam sind. Die fortlaufenden technischen und organisatorischen Veränderungen, die in industriellen Betrieben an der Tagesordnung sind, haben zur Folge, daß jener Teil der angewandten Psychologie, der „Gegenwartsbilanzen“ liefert, im Vordergrund des Interesses steht.

Eine Art Charakterlängsschnitt führen jene psychologischen Verfahren, die auf die Frage eingestellt sind, auf welche Weise ein bestimmter Mensch seine Fähigkeiten und Reigungen erworben hat, und welchen Gebrauch er von ihnen zu machen pflegt. Auch sie haben eine gewisse Bedeutung für den industriellen Betriebsleiter, besonders wenn er Lehrlinge ausbilden und auf diesem Wege den Nachwuchs an Facharbeitern sichern will. Dies aber kommt für den Industriellen erst in zweiter Linie in Betracht, solange er hoffen kann, aus einer reichlichen Rekrute von Stellungsuchenden mit Hilfe einer geeigneten Auslesemethode Leute zu gewinnen, die bereits hinreichend geschult und geübt sind. Es ist daher zu erwarten, daß die Anwendung der Psychologie zur Ermittlung der Charakterlängsschnitte besonders in solchen Berufszweigen gepflegt wird, die längere Zeit hindurch wirkende Einflüsse auf den Einzelnen zum Gegenstand haben. Solche Berufe sind beispielsweise die des Arztes, des Lehrers, des Fürsorgebeamten.

Der Kranke, der es unterläßt, den Ratschlägen des Arztes zu folgen, oder der Schüler, der sich für die vorgeschriebenen Formalitäten nicht beachtet und deshalb seinen Unterstützungsanspruch verliert — sie alle sind persönlicher Gegenstand von Maßnahmen, die gerade für sie getroffen werden. Der Arzt, der Lehrer, die Fürsorglerin kann sich nicht einfach ans Arbeitsamt wenden mit der Bitte:

Das älteste abendländische Krankenhaus

Wir wissen, daß das alte Irland in sehr früher Zeit schon eine hohe Kultur hatte, aber es wirkt doch überraschend zu hören, daß dieses Land das erste öffentliche Krankenhaus im Abendlande besaß (in China entstand etwa gleichzeitig dieselbe Einrichtung): um das Jahr 300 v. Chr. errichtete die Fürstin Macha das „Heim der Fürsorge“ als Spital für jedermann, während bis dahin solche Einrichtungen nur für Stammeslieder bestanden hatten. Das reich fundierte Institut bestand lange Zeit.

Die ärztliche Kunst der keltischen Medizinmänner war nicht gering. Der Stand der Ärzte, deren Tätigkeit sich auf den eigenen Clan beschränkte, war sehr geachtet, und anfänglich erblich. Der sehr alte Breton Code enthält Regeln über gesetzliche und ungesetzliche Maßnahmen, regelt die Honorare, die sich nach dem Stande des Patienten abstuften — am höchsten stand später der Bischof mit vier Rängen —, und die Verpflegung von Ärzten und deren Schülern durch die Gemeinde. Die Ärzte hatten Privatkliniken, Häuser in der Nähe des Wassers, in jeder Wand eine Tür, von denen immer eine dem Winde zu offen stehen sollte; die untere Hälfte blieb geschlossen, um Tieren den Eintritt zu wehren; „Hunden, Ratten und Weibern“ war der Zutritt nicht gestattet. In der Nähe befand sich ein Schwitzhaus. Zu den oft und mit gutem Erfolg ausgeführten Operationen dieser Ärzte gehörten auch Trepanation und Kaiserschnitt. Die Medizinern waren recht sonderbar, beruhten wohl meist auf sympathischer Grundlage; so verordnete der Arzt gegen Kahlköpfigkeit: Man tue Rüsse in ein Gefäß, verschlebe es dicht mit Lehm und lasse es ein Jahr lang in der Nähe des Feuers stehen, dann nehme man heraus, was sich noch vorfindet, und reibe damit die Glatze ein — man soll aber dabei Handschuhe tragen, sonst wachsen einem Haare an den Fingern.

Nach dem Aufkommen des Römerums starb die alte volkstümliche Medizin aus. In den Klosterschulen lehrte man nach den römischen Vorbildern wie in allen europäischen Ländern das ganze Mittelalter hindurch.

Das Betelkauen

Die Betelnuß ist die gerbstoffhaltige Frucht der Betelpalme, die in Scheiben geschnitten, in ein mit Rost bestrichenes Blatt des Betelpfeffers gewickelt und so gekaut wird. Rund 200 Millionen Menschen kauen Betel; von den großen Sundainseln über das Malakienland, Hinter- und Vorderindien bis zum Indus gibt es kein Volk, das nicht mit Leidenschaft dem Betelkauen ergeben wäre. Männer und Weiber jeden Alters, jeden Standes, jeder Rasse, jeden Bekenntnisses huldigen dem Betelgenuß; und dies gewöhnlich mit solcher Hingabe, daß der Beteldissen auch in den schwierigsten Augenblicken nicht aus dem Munde genommen wird. Ein Brauch,

Schickt mir an Stelle des vorigen einen zum Beiseitwerden (Unterrichtet, Befürsorgtwerden) geeigneteren Kranken (Schüler, Rollstuhlfahrer), möglichst mit Zeugnis der Berufsausschuss-Prüfungskommission! Im Gegenteil: Es müßte erreicht werden, daß der resignierte Kranke (Schüler, Unterstützungsempfänger) wieder Mut gewinnt, um die Aufgaben, die er zu lösen hat, zu bejahen.

Was in diesen drei Fällen vorliegt, ist irriges Bewußtsein, und die Aufgabe ist gegeben, es zu verändern. Verändern kann es nur der Träger des Bewußtseins selbst, nicht der Außenstehende. Dem Helfer aber fällt die Aufgabe zu, sich zu überlegen, unter welchen Bedingungen der Verzagte vielleicht bereit wäre, sein Verhalten zu ändern. Zu dieser Überlegung braucht er Einblick in den historischen Werdegang des Verzagten. Findet er heraus, unter welchen Umständen der Resignierte seinen eigentümlichen Lebensstil herausgebildet hat, so läßt sich auch ermessen, unter welchen veränderten Bedingungen er wieder Mut fassen wird. Wer in dieser Weise forscht, wendet die Methode des Charakterlängsschnitts an; und wer es übernimmt, eine geeignete Technik der Ermutigung zu entwickeln, ist: Erzieher.

Aufgaben der Erziehung ergeben sich in allen Altersstufen und in fast allen Berufen. Aber wer z. B. Konstruktionsingenieur im Dampfturbinenbau ist, hat in der Regel keine Zeit übrig, um zur Lösung seiner organisatorischen Aufgaben auch noch Spezialist im Erziehungswesen zu werden. Ähnlich ergeht es dem Lehrer, der seine Schüler auf ein Examen vorbereiten soll, und vielen anderen Spezialisten ebenfalls. Mehr und mehr übernehmen es die Erziehungsfachleute, notwendige Bewußtseinsumstellungen an Angehörigen verschiedenster Altersklassen und Berufe vorzunehmen. Immerhin bleibt noch vieles zu tun übrig, wofür nicht immer erst ein Erziehungswissenschaftler herangezogen werden kann.

Um die Probleme der Bewußtseinsveränderung aufzuzeigen, die in der Praxis der Medizin, des Unterrichts und der Fürsorge eine wesentliche Rolle spielen, hat der fünfte Internationale Kongress für Individualpsychologie, der vom 26. bis 28. September in Berlin tagen wird, sein Arbeitsprogramm nach diesen drei Gebieten gegliedert. Die Fragen der Theorie werden gegenüber den praktischen Aufgaben der Verwirklichung etwas in den Hintergrund treten. Damit dürfte dieser Kongress eine besondere Bedeutung für die Allgemeinheit gewinnen.

der seit zwei und einem halben Jahrtausend ununterbrochen geübt wird, muß doch wohl seine guten Seiten haben. Wirklich haben hervorragende Pharmakologen und Toxikologen festgestellt, daß der dauernde Genuß des Betels viel harmloser ist als etwa der ständige Gebrauch von Tabak und Alkohol, und daß das Betelkauen bei der eigenartigen Ernährungsweise der ostasiatischen Völker sogar als gesundheitsförderlich bezeichnet werden muß. Jene Völker genießen in erster Linie stickstoffarme Nahrungsmittel, die leicht übermäßige saure Verdauungsstoffe im Magen anhäufen. Dem wirkt der kalkhaltige, alkalische Betelsaft, der überdies den Atem wohlriechend macht und die allgemeine Körperausdünstung herabsetzt, vorteilhaft entgegen, indem er die Säure bindet, die Magenschleimhaut kräftigt und so zugleich auch ein wertvolles Vorbeugungsmittel gegen gefährliche Magen- und Darmkrankheiten darstellt. Darüber hinaus übt das in der Asienluft enthaltene blattartige Alkaloid einen milden erregenden Einfluß auf das Zentralnervensystem aus, so daß der in vernünftigen Grenzen gehobene Genuß des Betels frisches Allgemeinbefinden, heitere Stimmung und Wohlbehagen verursacht, vorausgesetzt freilich, daß man an den Gebrauch des Betels bereits gewöhnt ist.

Der Inka-Schatz gefunden?

Nach langem vergeblichen Suchen soll es einem Rechtsanwalt Torre, der aus Panama an der Spitze einer Schatzgräbertruppe nach Ecuador aufgebrochen war gelungen sein, den sagenhaften Inka-Schatz in der Nähe des Indianerdorfes Nizal zu finden. Als die spanischen Eroberer unter Cortez in das damals mächtige Inka-Reich drangen, erschauten sie über die ungeheuren Reichtümer an Gold und Smaragden, die das Inka-Volk besaß. Ihr Sonnentempel war aus purem Golde, ebenso die Tempelgeräte und der Palast des Inka-Königs, und die Wohnungen der Adligen umschlossen unschätzbare Vermögen. Die Inka gaben den Sponen gerne von ihren Schätzen, aber die Habgier der Eroberer kannte keine Grenzen. Sie mordeten und plünderten, bis die Inka schließlich in ihrer Verzweiflung ihre Goldschätze in tiefe Gebirgsseen warfen und in Höhlen verbargen. Torre soll nun die Begräbnisstätte des letzten Inka-Königs Atahualpa, die den eingeborenen Indianern als ein Heiligtum galt, entdeckt haben und dort auf einen Schatz an Gold und Smaragden von ungeheurer Wert gestoßen sein. Torre hat keine Regierung in Panama ersucht, ihm Soldaten zum Schutz zu senden, da er lieberhört der Indianer befehle, die sich der Hebung des Goldschatzes widersetzen dürften. Auch über das Besitztum am Schatz dürften Streitigkeiten ausbrechen, da nach direkte Nachkommen des letzten Inka-Königs gänzlich verarmt im Dorfe Parauquis leben, und auch die Regierung von Ecuador Ansprüche stellen wird.

Enquete widerlegt Schnapsbarone

Reform des Branntweinmonopols — Konsequenzen für die Finanzpolitik.

Die Berichte des zweiten Unterausschusses der großen Wirtschaftsenquete bemühen sich in der Regel, Rechtfertigungen unserer amtlichen Agrarpolitik zu liefern oder eine weitere Ausdehnung des deutschen Agrarprotektionismus zu fordern. Oft genug sind sie mit mangelnder Sorgfalt gearbeitet. Für zahlreiche, mit großer Sicherheit gefällte Urteile bleiben sie den Beweis schuldig, und die Belegung des Berichtsinhalts durch Sachverständigenausagen ist beinahe immer mehr als dürftig.

Aus dem Rahmen dieser Arbeitsmethoden des agrarischen Ausschusses fällt ein Bericht heraus, der soeben veröffentlicht worden ist und in dem — als zweiter Teil eines Gesamtberichts über die Bewertung der deutschen Kartoffelernte — die Kartoffel- fruchtindustrie und die Kartoffelbrennerei behandelt werden. Sowohl bei der Stärkeindustrie wie bei der Brennerei wurden umfangreiche Enqueten veranstaltet. Besonderes Interesse verdient die Brennereierhebung. Mit dieser Erhebung wurde auf Veranlassung des Genossen Dr. Boade, der sich seit langem erfolgreich um die Aufhebung des

Struktur der deutschen Branntweinwirtschaft besteht, wird danach nicht mehr bestritten werden können.

Der Ausschuss gliedert in seinem Bericht die Brennereibetriebe in 8 große Klassen, je nach der Dringlichkeit, mit der ihre Wirtschaft des Brennereibetriebes bedarf. Die Gruppen A und B umfassen Futterrübenwirtschaften, die über guten Boden und reichliche wirtschaftseigene Futtermittel in den Rübenblättern und Rübenschnitzeln verfügen. Die Gruppe C umfaßt Güter mit gutem Wiesenerhältnis und verhältnismäßig umfangreichem Kleejähren Boden, die ebenfalls eine ausreichende Futterbasis aufweisen. Die Gruppe H umfaßt Güter mit geringem Boden und schlechtem Wiesenerhältnis. Die Gruppen D—G umfassen Betriebe, die nach Bodenqualität und Wiesenerhältnis zwischen C und H stehen.

Träfe die übliche Theorie zu, daß die Brennerei auf den schlechten und leichten Böden Ostdeutschlands unbedingt betriebswirtschaftliches Erfordernis sei, so müßte das Schwergewicht der Brennerei in den Betrieben der Gruppe H der schlechten Böden liegen. Tatsächlich entfallen auf sie

	Branntrecht der erfaßten Betriebe
in Ostpreußen	2,4 Proz.
„ Grenzmark	32,2 „
„ Pommern und Neckenburg	6,8 „
„ Brandenburg	16 „
„ Schlesien	5,6 „
„ Mitteldeutschland	4,1 „
Dagegen auf die zweifellos nicht brennereibedürftigen Gruppen A—D (bessere Böden mit reichlich Futtermitteln)	
in Ostpreußen	48,4 Proz.
„ Grenzmark	11,8 „
„ Pommern und Neckenburg	42,5 „
„ Brandenburg	23,6 „
„ Schlesien	46,4 „
„ Mitteldeutschland	70,0 „

Im Freistaat Sachsen und in Süddeutschland liegen die betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen in den Brennereibetrieben noch träffer als selbst in Mitteldeutschland.

Am übrigen ergab die Enquete hinsichtlich der angeblichen wirtschaftlichen Vorzüge der Brennereibetriebe mit größter Schlußigkeit nur, daß in ihnen der Kartoffelanbau größer ist als in vergleichbaren landwirtschaftlichen Betrieben, die nicht mit einer Brennerei ausgestattet sind. Was die Kartoffelverwertung betrifft, stellt sich heraus, daß die Brennerei zur Verwertung der Kartoffelernte wesentlich überhaupt nur in den Uberschußprovinzen Grenzmark, Pommern, Brandenburg und Schlesien beiträgt — man kann die Entlastung des Kartoffelmarktes durch sie auf rund 600 000 Tonnen jährlich schätzen —, daß aber die Brennerei als Verwertungsfaktor der Kartoffelernte in den letzten 50 Jahren immer wertloser wurde, da ihre die Anpassungsfähigkeit an den Ausfall der Kartoffelernte geraubt und das Entstehen von Brennereien in den brennereibedürftigen Betrieben verhindert worden ist.

Wer erwartet, daß der Enqueteausschuss aus seinen Feststellungen, die ein vernichtendes Urteil über die deutsche Branntweinwirtschaft in sich schließen, die Konsequenz zöge, ihre Reform zu fordern, würde aber irren. Dieser Ausschuss, der sich sonst an mangelhaft begründeten agrarpolitischen Forderungen nicht genug tun kann, verzichtet auf jede Auswertung der Ergebnisse seiner Brennereienquete. Er hat damit wenigstens erreicht, daß sie bisher in der Öffentlichkeit bei weitem nicht die Aufmerksamkeit gefunden hat, die sie verdient, wird aber auf die Dauer nicht verhindern können, daß die Reformbedürftigkeit des Branntweinmonopols anerkannt und durch seine Feststellung als bewiesen gelten wird.

100 Millionen mehr fürs Reich.

Die Konsequenz für die deutsche Finanzpolitik liegt auf der Hand. Eine Berringerung des landwirt-

schaftlichen Brennrechts um über 40 Proz., wie sie nunmehr als zweifellos möglich gelten muß, eine Senkung des Branntweinübernahmepreises auf den Preis, der für die wirklich brennereibedürftigen Güter ausreichend ist und nicht mehr einen Sondernutzen auch für die Betriebe in sich schließt, die auch ohne Brennerei bei guter Bewirtschaftung ein gutes Auskommen finden können, die volle Ausnutzung der vorhandenen billigen Spirituserzeugungsmöglichkeiten in der Industrie können insgesamt zu einer Jahresmehreinnahme für das Reich von 100 Mill. Mark führen, ohne daß eine weitere Belastung des Trinkbranntweins notwendig wäre. Außerdem würden aber die Hemmungen für eine erhöhte Besteuerung des Schnapses fortfallen, die bewirkt haben, daß in Deutschland der Trinkbranntwein mit einem Bruchteil der englischen Besteuerung besteuert wird. Eine Finanzreform, die an dieser großen Einnahmelmöglichkeit vorbeigeht, wäre Stümperarbeit. Sie würde dem Eigenlob widersprechen, das sich seit etwa 9 Monaten die bürgerlichen Reichsfinanzminister in so reichem Maße spenden.

Luther fährt nach New York.

Beruhigung auf den Börsen fortgesetzt. — Kurs der Young-Anleihe besser.

Der Reichsbankpräsident Dr. Luther will, wie gemeldet wird, innerhalb der nächsten acht Tage — eine andere Meldung spricht von der zweiten Oktoberhälfte — eine Reise nach New York antreten. Als Grund für die Reise wird ein noch ausstehender Antrittsbesuch bei der Bundesreservebank in New York angegeben; die New-Yorker Bundesreservebank sei die letzte der großen Notenbanken, die der Reichsbankpräsident seit seinem Dienstantritt noch nicht besucht habe. Die Vermutung liegt nahe, daß es sich nicht nur um einen Höflichkeitsakt handelt, sondern auch um die Wahrnehmung und Förderung der Kapital- und Kreditinteressen des Reiches in bestimmter Richtung. Im gegenwärtigen Augenblick könnte ein solcher Besuch nützlich sein. Es ist zu hoffen, daß Dr. Luther bei dieser Gelegenheit auch die Kapitalbeschaffung besonders für öffentliche Betriebe fördert, die eine der wichtigsten Voraussetzungen zur leichteren Ueberwindung der deutschen Wirtschaftskrise ist.

Die Lage auf der Berliner Börse ist gestern im weiteren Verlauf noch freundlicher geworden. Die in den ersten Stunden verzeichneten Kursabschläge verwandelten sich fast auf der ganzen Linie in Kursgewinne, die freilich in engen Grenzen blieben. Es sah so aus, als ob die ausländischen Verkaufsanträge nachgelassen haben. Die Besserung der Lage hängt wahrscheinlich mit einer Beruhigung der Öffentlichkeit in den wichtigsten internationalen Börsenplätzen zusammen. So sollen insbesondere die New-Yorker Banken von ihren europäischen Vertretern und von deutschen Bankhäusern „beruhigendste Versicherungen“ erhalten haben. In London ist der Kurs der Young-Anleihe wieder um 1/4 auf 78 3/4 Proz. gestiegen, nachdem vorgestern der Tiefpunkt von 77 gegenüber 83 1/2 Proz. bald nach den Wahlen erreicht worden war. Auch die Kurse der Dawes-Anleihe und der sprozentigen Berliner Anleihe haben sich gebessert. Aus New York wird gemeldet, daß trotz der schwachen Haltung der deutschen Anleihebörse eine dreimonatliche Schahnoten-anleihe des Freistaates Bremen im Betrage von einer Million Dollar überzeichnet worden ist. Die Jahresverzinsung von 9 Proz. (!) dürfte hier allerdings der Hauptreiz gewesen sein.

Interessant ist die Frage, auf Grund welcher Informationen die deutschen Banken in New York „beruhigendste Erklärungen“ haben abgeben können. Es ist denkbar, daß den Banken vom Reichskanzler Erklärungen über die von der Reichsregierung beabsichtigten Politik gegeben wurden, die der Öffentlichkeit vorenthalten werden.

Bemerkenswert ist eine neuerliche Verschärfung der Lage auf dem deutschen Geldmarkt. Der Privatdiskontsatz ist gestern wieder um 1/4 auf 3 1/2 Proz. erhöht worden, was in wenigen Tagen eine Erhöhung um ein halbes Prozent bedeutet. Der Reichsbankausweis vom 22. September, der wohl morgen veröffentlicht wird, und noch mehr der von Ende September, der über die Ulfmaspannung des Geldmarktes Zeugnis ablegt, wird auch für die mögliche Diskonterhöhung die Dinge klarer erscheinen lassen.

Mißbrauchs des staatlichen Branntweinmonopols durch die großagrarisches Interessenten

hemüht, festzustellen verucht, ob die alte Behauptung der Rühmlicher der gegenwärtigen deutschen Branntweinwirtschaft zutrifft, daß ihre Subventionierung aus betriebswirtschaftlichen Gründen ein dringendes Erfordernis der Landeskultur im allgemeinen, der Kartoffelwirtschaft insbesondere sei. Im wesentlichen bejaht diese Behauptung in ihrem ersten allgemeinen Teil, daß auf den leichten Böden des deutschen Ostens erst die Brennerei den Kartoffelbau ermöglichte, da die Kartoffeln anders nicht vermehrt werden könnten. Ferner wird behauptet, daß das Abfallprodukt der Brennerei, die Schlempe, als Futtermittel allein auf vielen Böden die Aufrechterhaltung eines ausreichenden Viehstandes und damit eine ausreichende Düngung des Bodens ermögliche, die ihrerseits wieder Voraussetzung für den landwirtschaftlichen Betrieb überhaupt sei. Ohne die Kartoffelbrennerei sei auf diesen Böden überhaupt keine landwirtschaftliche Nutzung möglich.

Diese Behauptungen sind eine Legende.

Daß diese Argumentation nicht 100prozentig zutreffen kann, ist seit langem bekannt und unbestritten. Denn es steht fest, daß erstens in Ostdeutschland im allgemeinen der Großbetrieb nicht die schlechtesten Böden bewirtschaftet, sondern im allgemeinen die Bauern auf sie abgedrängt hat. Dies war zum Beispiel ausgesprochen die Tendenz der Bauernbefreiung des 19. Jahrhunderts. Praktisch kommt zweitens das Recht, Branntwein herzustellen, fast ausschließlich Großbetrieben zugute. Die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe auf schlechtem Boden besitzt also keine Brennerei. Daß sie in erster Linie dem Großbetrieb zugerechnet ist, erweist der Enqueteausschuss mit größter Deutlichkeit. Durch seine Erhebung wurden in Ost- und Mitteldeutschland 1641 landwirtschaftliche Großbetriebe erfaßt, die 81 Proz. des gesamten landwirtschaftlichen Brennrechts dieser Bezirke besitzen. Nach Größenklassen geordnet verteilen sie sich folgendermaßen:

Landwirtschaftliche Betriebsgröße	Zahl der Brennereibetriebe
unter 100 ha	2
100—200 ha	277
200—300 ha	143
300—400 ha	243
400—500 ha	323
500—600 ha	230
600—700 ha	201
700—800 ha	147
800—900 ha	96
900—1000 ha	78
1000—2000 ha	140
über 2000 ha	11

Daß ein spezifisch großagrarisches Interesse an der gegenwärtigen

DAS RESULTAT UNSERER QUALITÄTSPOLITIK.

Es ist interessant das Urteil neuer Raucher der MAKEDON-Zigaretten zu hören. Alle, die unsere hochwertigen Marken kennen gelernt haben, erklären begeistert, so zufrieden damit zu sein, daß es ihnen unmöglich erscheint, jemals auf eine andere Marke zurückzukommen. Diese spontane Feststellung der neuen Raucher unserer Zigaretten ist die beste Empfehlung für unsere Marke:



MAKEDON SOZIAL 4

MAKEDON ZIGARETTENFABRIK G. M. B. H., MAINZ A. RH. KONZERNFREI

Generalvertretung: Carl Südel, Berlin NW 6, Luisenstraße 30, Tel. D 2, Weidendamm 3354

